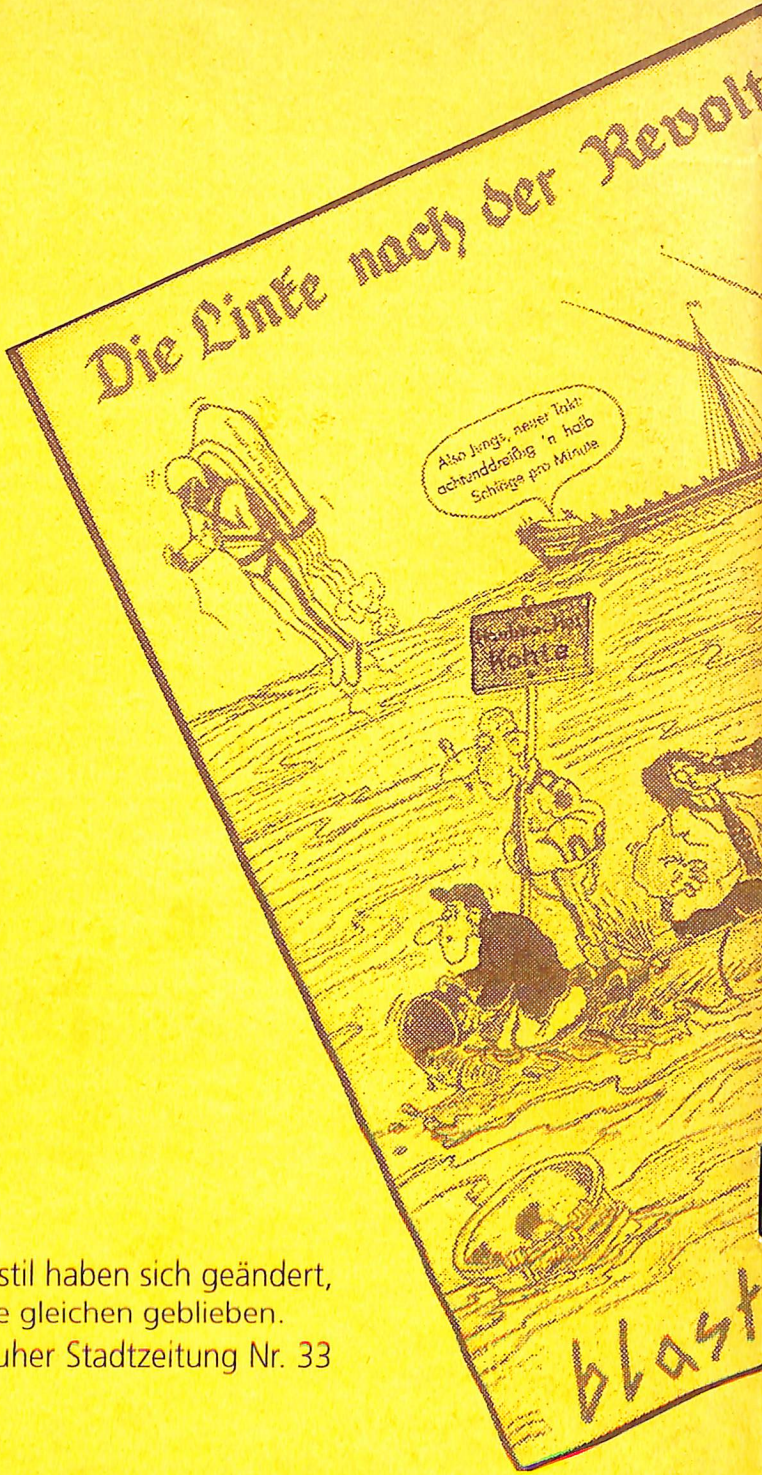


Haar- und Kleidungsstil haben sich geändert,
die Probleme sind die gleichen geblieben.

Rückseite von Karlsruher Stadtzeitung Nr. 33
September 1984

Wildcat-Zirkular

Nr. 46/47 Februar 1999

8 Mark

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

Kommunale Arbeitsprogramme

Existenzgeld-Debatte

Arbeiterversammlung in Rußland

Beilage:

Loren Goldner: Der Kommunismus ist die materielle menschliche Gemeinschaft

Warum sollen streikende ArbeiterInnen hungern?

Die Situation in Indonesien spitzt sich zu. Das Elend der Massen wird immer noch schlimmer; sowohl auf dem Land wie in den Städten, auf Java genauso wie auf den anderen Inseln. Die Regierung Habibie ist schwach, der Militärapparat ist verhaßt. Aber zu viele Menschen sehen keine Perspektive mehr. Die Geister von gestern sind noch lange nicht vertrieben; sowohl die Clique um Soeharto, immer noch unendlich reich, Kreise des Militärs und der stärker gewordene islamische Fundamentalismus haben Massenanhang und nutzen die Situation, um die Verzweiflung in selbstzerstörerische Aktionen zu leiten. Mehrere hundert Menschen sind in den letzten Wochen in religiösen/ ethnischen/ nachbarschaftlichen Kämpfen ums Leben gekommen. Die reaktionären Kräfte kalkulieren damit, daß - ähnlich wie 1965/66 - den Menschen eine neue Diktatur lieber sein wird als das mörderische Chaos.

Allgemeine Wahlen sind für den Juni geplant; es braucht keine prophetische Kunst, um eine weitere Eskalation vorherzusagen.

Es ist aber noch nichts entschieden. Die Arbeiterklasse hat angefangen, sich in neuer Form zu organisieren. Unabhängige Organisationen sind in den Kämpfen selbst entstanden, sie organisieren FabrikarbeiterInnen oder die städtischen Armen. Es ist ein Prozeß und es gibt Rückschläge.

KRKB-Aktion vor einer der vielen Textilfabriken in Solo

Eine dieser proletarischen Organisationen ist das *Komite Reformasi Kaum Buruh* (Komitee der Arbeiterklasse für Reform) in Solo, das im Lohnkampf der ArbeiterInnen der Textilfirma Tyfountex entstanden ist und immer noch im wesentlichen aus den 1700 ausgesperrten TyfountexarbeiterInnen besteht. Es ist weder Gewerkschaft, noch Partei, noch Kooperative und doch zugleich ein wenig von allem: Die Auseinandersetzung mit der Firma wird geführt, auch juristisch; vor anderen Fabriken wird agitiert, gegen das Militär demonstriert und gleichzeitig wird das Überleben organisiert, z.B. um durch Großeinkauf die Lebensmittel etwas billiger zu kriegen. Das KRKB gibt eine Zeitung heraus und macht Flugblätter. Aber: es mangelt in geradezu absurder Weise an Geld; nicht nur um die Organisation/Diskussion und den Zusammenhalt der in der ganzen Region um Solo verstreut lebenden Mitglieder aufrecht zu erhalten. Die KollegInnen haben als Minderheit in der Fabrik auch nach Drohungen der Firma weitergestreikt, sie sind von den Bullen in Jakarta zusammengeschlagen worden, sie wurden von bezahlten Schlägern angegriffen, sie werden vom Geheimdienst überwacht und belästigt. Das alles hat sie nicht beeindruckt. Aber jetzt steht das KRKB vor seiner größten Zerreißprobe: die Leute sind finanziell so ausgeblutet, daß es der Firma immer wieder und offenbar immer öfter gelingt, mit einer winzigen Abfindung KollegInnen zur Aufgabe zu zwingen.

Und in genau diesem Punkt können wir in diesen Prozeß eingreifen: Wir könnten einen Beitrag dafür leisten, daß das (in Indonesien weithin sichtbare) Signal für proletarische Selbstorganisation KRKB Solo nicht verlöscht. Es geht dabei nicht um Riesenbeträge. Eine Arbeiterin in Indonesien verdient etwa 30 DM im Monat.

Obwohl Überweisungen nach Indonesien teuer sind, bitten wir dennoch alle, die ein bißchen Geld übrig haben, dies direkt nach Solo zu schicken: es geht auch darum, daß die KollegInnen dort merken (und beweisen können), daß es sowas wie weltweite Solidarität gibt (und nicht einen reichen Sponsor).

(Welt in Umwälzung)

Spendenkonto:
YULI EKO NUGROHO
No 2112865412
Bank Niaga Cabang Solo-
Slamet Riyadi
Indonesia

Interview, ausführlicher Bericht und Aktuelles auf unseren Webseiten:
http://www.rhein-neckar.de/~wildcat/aaktuell.html

Wildcat-Zirkular Nr. 46/47
Februar 1999

Inhalt:

Editorial 2

Stadtluft macht Arbeit -
Kommunaler Arbeitszwang als Baustein des Niedriglohnsektors 5

Arbeit ist das, was (uns) lästig ist 16
Flugblatt aus Spanien

Can't buy me love: Texte zur Existenzgelddebatte 19
Ideologischer Klapperkasten 21
Existenzgeldforderung und landläufige Vorstellungen 23
Der Linksreformismus wittert Morgenluft 34

Rußland: Der Bankrott der offiziellen Arbeiterbewegung 40

Brief von John Holloway 46

Beilage:

Der Kommunismus ist die materielle menschliche Gemeinschaft
von Loren Goldner

Kontakte:

Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin
e-mail: jaa@wildber.aball.de

Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
e-mail: wildcat@link-lev.de

Freunde der guten Zeit c/o Wildcat, Postfach 306 325
20327 Hamburg, Tel./Fax: 040/3908487

Welt in Umwälzung, Mannheim-Ludwigshafen
Tel.: 0621/657746, Fax: -657747
e-mail: suba@wildcat.rhein-neckar.de
Abos: Bestellungen an Berliner Adresse. Abo 6 Hefte 30 Mark. V.i.S.d.P.: P. Müller

Editorial

Nun ist es passiert - der Koloß ist von Bord gegangen und wir haben eine neue Regierung. Eingriffe, Angriffe und Umbauten, die in der blockierten, ausgelutschten alten Koalition nicht mehr möglich waren, werden frisch und unverfroren angegangen: der Jugend soll mit dem Programm der 100 000 Ausbildungsplätze für Jugendliche endlich wieder klargemacht werden, daß ein Leben ohne Arbeit nicht angesagt ist. Die MigrantInnen sollen gespalten werden in Integrierte und die anderen, die SPD hat mit Parolen wie »Kriminelle Ausländer raus!« die Wahl gewonnen.

A., ein Berliner Genosse mit türkischem Paß, äußert Kritik am Gesetzesentwurf für die Staatsbürgerschaft. Das Gesetz legt die Latte für die Einbürgerungswilligen zum Teil höher als bisher:

* Nach dem bisherigen Gesetz ist eine Strafe von bis zu sechs Monaten möglich; nach dem neuen Gesetz soll schon eine Bewährungsstrafe die Einbürgerung verhindern.
* Der Bezug von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe soll eine Einbürgerung ausschließen.
* Früher konnten Deutschkenntnisse durch eine Bescheinigung nachgewiesen werden, jetzt sollen die Beamten selbst überprüfen, ob man sich mit Ihnen verständigen kann.
* Es wurde in die Diskussion geworfen, daß die Einbürgerung wieder aberkannt werden kann, wenn in den ersten fünf Jahren danach Sozialhilfe oder sogar Arbeitslosenhilfe beantragt wird. Nach dem Grundgesetz ist das bisher nicht möglich.
* Wer die Staatsbürgerschaft »erschlichen« hat, dem soll sie nachträglich wieder aberkannt werden können. Diese Möglichkeit soll auf »Verfassungsfeinde« angewendet werden können.

Möglicher Kritik wird vorgebeugt, indem SPD und CDU arbeitsteilig vorgehen – der gute Bulle und der böse Bulle: Mit dem Entwurf gibt sich die SPD fortschrittlich, die CDU mit ihrer Kampagne »gegen die doppelte Staatsbürgerschaft« gibt sich ebenfalls »ausländerfreundlich«, besetzt dabei aber die rechte Ecke, indem sie durchblicken läßt, daß man bei ihr gegen die Ausländer unterschreiben kann, und formuliert den Anspruch, es dürfe keine Partei rechts von ihr geben.

Linke, von Liberalen und bürgerlichen AusländerfreundInnen über Gewerkschaften bis zu AntiFa und HausbesetzerInnen, stürzen sich auf die CDU

wegen ihrer »Ausländerfeindlichkeit« und machen es erstmal sehr schwer, die SPD/den Staat zu kritisieren. Eben und nur weil es von rechts angegriffen wird, wird das Gesetz als Durchbruch gegen das Abstammungsrecht hochgehalten, der um jeden politischen Preis verteidigt werden muß und darum nicht genauer untersucht und kritisiert werden darf.

Der Gesetzentwurf von Schily ist inzwischen vom Tisch, aber der inhaltliche Kern wird beibehalten werden. Das Gesetz zur Einbürgerung soll »die AusländerInnen« spalten in regelgerecht verwertbare (oder verwertende) NeubürgerInnen auf der einen und aus verschiedenen Gründen als Deutsche Unerwünschte (und Illegalisierbare) auf der anderen Seite: ein klassisches **Einwanderungsgesetz**. Die Migration ist einerseits nicht zu verhindern, andererseits ist sie notwendig: für den Sozialstaat, da die Beitragszahler auszusterben drohen; für die Kapitalisten, die einen Niedriglohnsektor wollen. Wichtig ist, daß der Staat die Kontrolle über die Zusammensetzungsprozesse behält. Schilys erste Amtshandlung als Innenminister bestand darin, auf dem Flughafen in Frankfurt/Main den BGS und das Lager zu besuchen und deren gute Arbeit gegen die unerwünschte Spielart der Migration zu loben.

Während also der in die Arbeitsgesellschaft integrierte Teil der »Ausländercommunities« durch die vorgesehene Neuregelung gleichgestellt werden soll, trifft es den Teil der ersten Generation, der nie Deutsch gelernt hat, sowie diejenigen der zweiten oder dritten Generation, die noch nie sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben, keinen Schulabschluß, eine Verurteilung wegen Cannabis oder AntiFa haben usw.. Genau diejenigen also, die nicht wie ihre Eltern in der Fabrik schuften wollen. Hier soll der Druck noch wirksamer werden, daß der Paß nur mit Job und Ausbildung und Wohlverhalten erreichbar ist; wer das nicht will, hat auf Dauer kein Recht auf Aufenthalt.

Workfare ist auch die Parole für den Umbau des Sozialstaats. Wir sind nicht soweit, das alles in einem Guß analysieren zu können. In diesem Zirkular kommt erstmal ein Beitrag zu den kommunalen Programmen für Langzeitarbeitslose. Zwang zur Arbeit, da wissen wir, woher der Wind weht.

Trotz ihrer rechten Positionen übt die rot-grüne Regierung eine Sogwirkung auf linke Gruppen aus, die glauben, nun bei der Reform Gehör zu finden und ihre Aktionen darauf ausrichten, an den Verhandlungstisch geladen zu werden. Das ist keine Erscheinung, die auf Deutschland beschränkt ist. Von Finnland bis Spanien, von Kanada/USA bis Australien und Neuseeland gibt es Initiativen, die Arbeitszeitverkürzung und Existenzgeld fordern. Andererseits wird weltweit in den Industrieländern, und vermittelt durch

sozialdemokratische Regierungen, ein Angriff auf die jüngere Generation gefahren, um sie an die Arbeit zu bringen. Ein Widerspruch?

Von GenossInnen, die als **Prekäre in Spanien** kollektiv gegen Sklavenhändler kämpfen, drucken wir einen Text ab, der mit scharfen Angriffen auf die Arbeit beginnt und angesichts der Hoffnungslosigkeit der Situation mit der **Forderung nach Existenzgeld** (für die nächste Generation!) endet. KongreßveranstalterInnen in Berlin versuchen mittels der Forderung nach Existenzgeld die Massen hinter sich zu bringen. Bei denen hilft alles Argumentieren wohl nichts mehr, denn die Gegenargumente werden zynisch vorweggenommen und in die Argumentation eingebaut, so daß ihre Position nicht mehr hinterfragbar ist. Das reicht bis zu: wer heute noch von Klassenkampf redet und von Revolution nicht schweigt, der lebt hinterm Mond, ist »Revolutionarist« oder »Evangelist«. Da wir nicht alle über einen Kamm scheren wollen, kommt unsere Kritik in mehreren Teilen.

Aus **Rußland** haben wir einen Text erhalten über ArbeiterInnen, die in ihrem Betrieb seit einiger Zeit eine autonome Versammlung organisieren. Sie suchen Kontakt zu Arbeitergruppen in Europa.

Der Brief von **John Holloway** bezieht sich auf das Vorwort in Zirkular 45 und den Text von Deneuve/Reeve im Zirkular 22 über Chiapas, EZLN und Proletarisierung.

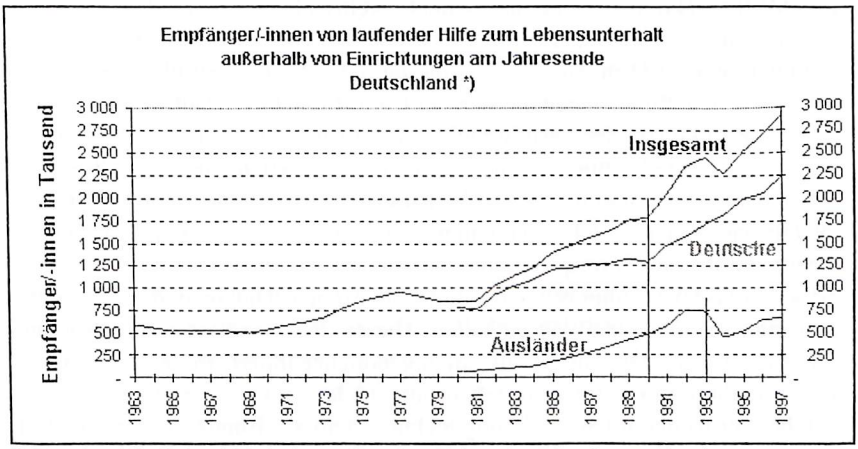
Zur Beilage: Das Zirkular ist aus der Erkenntnis entstanden, daß wir uns neue theoretische Grundlagen erarbeiten müssen. Auch diesmal wieder harte Krume, und wie meistens ist es lohnend, sich durchzu**ackern**. Der Text von Loren Goldner ist von 1991 und stellt sich die Frage, was 1989 eigentlich zusammengebrochen ist. 1989 war das Ende »eines langen etatistischen Umwegs in der Geschichte der Emanzipation der Arbeiterklasse, der in Wirklichkeit viel mehr mit einem Ersatz für die bürgerliche Revolution zum Zweck der Industrialisierung zurückgebliebener Gesellschaften zu tun hatte als mit dem Sozialismus oder dem Kommunismus«. Hierin sieht er die Möglichkeit, den Blick auf den Kommunismus, als die unter unseren Augen vor sich gehende Bewegung, wieder frei zu bekommen. Heute leben wir in einer voll kapitalistischen Welt, die zudem an allen Ecken und Enden Krisen produziert. Geöffnete Augen sollten also fündig werden können.

H./B.

Stadtluft macht Arbeit

Kommunaler Arbeitszwang als ein Baustein des Niedriglohnsektors

Bei unseren bisherigen Nachforschungen und Veranstaltungen zu neuen Modellen des kommunalen Arbeitszwangs haben wir festgestellt, daß insgesamt der Druck auf SozialhilfeempfängerInnen verstärkt wird. Dabei gibt es aber keine einheitliche Entwicklung, sondern es sind zwei Tendenzen erkennbar, die im Austausch von einzelnen kommunalen Projekten und bundesweiten Untersuchungen und Vorgaben herausgebildet werden: einerseits wird in einigen Städten der staatlich finanzierte zweite Arbeitsmarkt ausgeweitet, andererseits gibt es neue Modelle der trickreichen Vermittlung in die direkte Ausbeutung durch das Kapital. Beide Tendenzen können durchaus in derselben Kommune kombiniert werden.



*) Bis einschließlich 1990: früheres Bundesgebiet; ab 1991: Deutschland.
Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes im November 1993

Seit der Krise 1992/1993 ist die Anzahl der SozialhilfeempfängerInnen bundesweit und besonders in den Großstädten dramatisch angestiegen. Bezeichnend ist dabei, daß ihre Zahl jetzt schneller steigt als die Zahl der Arbeitslosen. (s. Schaubild) Krise und Arbeitslosigkeit drücken sich inzwischen also stärker als früher in der Sozialhilfe als in der registrierten Arbeitslosigkeit aus. Der Anteil der *arbeitslosen* SozialhilfeempfängerInnen ist ebenfalls gestiegen,

und neben Arbeitslosengeld oder -hilfe wird immer häufiger ergänzende Sozialhilfe beantragt; dasselbe gilt auch für Beschäftigte mit Niedrigstlöhnen: beides ist Ausdruck gesunkener Löhne und gestiegener Mieten. Arbeit, Arbeitslosigkeit mit Bezahlung durch das Arbeitsamt oder Arbeitslosigkeit mit Bezahlung durch das Sozialamt gehen also immer mehr ineinander über.

Sozialstaat und Sozialverwaltung (Arbeitsämter, Sozialämter) reagieren darauf seit einigen Jahren verstärkt mit dem Versuch, Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen gezielt und mit neuen Methoden in den untersten Bereich des ersten Arbeitsmarktes zu drücken. Auf gesetzlicher Ebene drückt sich dieser Versuch im Übergang vom alten Arbeitsförderungsrecht zum neuen Sozialgesetzbuch III aus, in dem es eindeutig heißt: »Vorrang hat die Integration in den ersten Arbeitsmarkt.«

Arbeiten à la SPD

Die neue rotgrüne Regierung ist mit dem Slogan »Arbeit, Arbeit, Arbeit« an die Macht gekommen und hat schnell weitreichende Veränderungen am Sozialstaat angekündigt: Lafontaine überlegte z.B. laut, ob nicht auch das ArbeitslosenGELD in Zukunft an eine tatsächliche Bedürftigkeit zu binden sei, eine Vorstellung, gegen die sich der Blüm-Flügel innerhalb von CDU und alter Regierung jahrelang erfolgreich gewehrt hatte. Ein Teil des »Bündnisses für Arbeit« (und »Wettbewerbsfähigkeit«, wie die Sozialdemokratie ehrlicherweise dem alten Titel hinzugefügt hat) sind neue Programme, um Arbeitslose zwangsweise in Jobs oder Maßnahmen zu drücken. Kurz nach Regierungsantritt wurde ein Sofortprogramm verkündet, das 100.000 Jugendliche in Arbeit oder Ausbildung bringen soll. Lohnkostenzuschüsse an die Unternehmer sind selbstverständlich enthalten. Dieser Plan wird offen als Drohung unter die Leute gebracht: »Falls ein Jugendlicher innerhalb des Programms ein zumutbares Angebot vom Arbeitsamt ablehne, müsse er mit Konsequenzen bei der weiteren Unterstützung rechnen, betonte (Bundesarbeitsminister) Riester. Die vorhandenen Gesetze erlaubten durchaus diesen Zwang.« (Süddeutsche Zeitung vom 16.1.99) Gerade den Jugendlichen soll also von Anfang an klargemacht werden, daß es kein Leben ohne Arbeit geben kann. Das ist die Linie aller sozialdemokratischen Regierungen, die in den letzten Jahren in Europa wieder an die Macht gekommen sind: ob Labour in England oder Sozialisten in Frankreich, ihre ersten Maßnahmen bestanden darin, Druck auf die arbeitslosen Jugendlichen auszuüben, einen Job anzunehmen. Niemand soll länger als ein halbes Jahr ungestört von Sozialleistungen leben können, das ist ihre Devise.

Die Sozialämter werden auf Trab gebracht

Seit einigen Jahren werden Sozialhilfeleistungen einer betriebswirtschaftlichen Durchleuchtung unterzogen. 1995 begann unter Leitung der Unternehmensberatungsfirma Kienbaum GmbH ein Projekt, das das »Sozialhilfegeschehen« in 15 Großstädten der BRD nach differenzierten Kriterien miteinander vergleichbar machen soll. Ziel ist es, jeweils von den Besten zu lernen und »Schlußfolgerungen für eine wirksame, wirtschaftliche und effizientere Sozialhilfe zu ziehen«. (Zitat: Sozialhilfe in Hamburg im Städtevergleich, 1995/96, Landessozialamt Hamburg) Im Durchschnitt ermittelte Kienbaum ein Kostensenkungspotential von fünf Prozent, im einzelnen sind durch die Vergleichsmöglichkeit mit mehreren anderen Städten sehr gezielte Sparmaßnahmen möglich: welche Stadt hat das »günstigste« Modell zur Möbelbeschaffung, welche die besten Tricks zur Pauschalierung des Kleidergelds auf breiter Basis, welche Stadt schafft es am effektivsten, arbeitsfähige SozialhilfeempfängerInnen wieder ans Arbeiten zu bringen?

In der letzten Frage versteckt sich das größte Problem, aber auch die größte Einsparmöglichkeit. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn die Kommunen sich besonders um zwei Dinge bemühen: neue AntragstellerInnen vom Bezug der Sozialhilfe abzuschrecken (nach eigenen Angaben sind sie bei bis zu 25 Prozent erfolgreich) und arbeitsfähige SozialhilfeempfängerInnen den Kapitalisten als Billigarbeitskräfte in die Arme zu treiben.
In NRW-Städten sind, vom Landesarbeitsministerium gefördert, inzwischen sogenannte »Sozialbüros« eingerichtet worden, die die aus dem Kienbaumschen Kennzahlenvergleich gewonnenen Einsparungspotentiale auf kommunaler Ebene umsetzen sollen. Sozialämter und Arbeitsämter arbeiten in diesen Büros inzwischen munter zusammen. In Köln organisiert das entsprechende Sozialbüro sogenannte »Fallkonferenzen«, »um insbesondere bei Fällen, die hohe Kosten erzeugen, vorrangig Maßnahmen zur Hilfebeendigung einzuleiten«. (Zitat aus der »Rahmenkonzeption der Stadt Köln zur Haushaltskonsolidierung durch Verbesserung der Sozialhilfe«, 1996)

Abschreckung durch Arbeit

Neben seiner prinzipellen Fürsorgepflicht, niemanden verhungern oder erfrieren zu lassen, knüpft der Sozialstaat seine Leistungen immer an eine Grundbedingung: an die Arbeitswilligkeit. Rente ist die Durchhalteprämie für lebenslanges Schuften, und selbst die niedrigste Stufe von Unterstützung, die

Sozialhilfe, ist von der Arbeitswilligkeit abhängig: »Wer sich weigert, zumutbare Arbeit zu leisten oder zumutbaren Maßnahmen nach den §§ 19 und 20 nachzukommen, hat keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt« - so ist der Zwang zur Arbeit im Bundessozialhilfegesetz festgeschrieben (§25 BSHG).

Um die Drohung mit Arbeit auch in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit wahrmachen zu können, ist schon in den 60er Jahren der sogenannte 'Zweite Arbeitsmarkt' geschaffen worden. Damit sind die besonderen Arbeitsplätze gemeint, die der Staat speziell für Arbeitslose einrichtet und finanziert (ABM, Hilfe zur Arbeit, etc.).

Für SozialhilfeempfängerInnen gibt es zwei Varianten dieser Arbeitsbeschaffung. Entweder sie bekommen weiter Sozialhilfe und für ihre Arbeit nur eine minimale 'Aufwandsentschädigung' (heute zwei bis drei Mark pro Stunde), oder sie werden für ein Jahr bei der Stadt oder bei Vereinen eingestellt, mit Lohn und Sozialversicherung. Das sind die 'Maßnahmen' im oben zitierten Paragrafen, die SozialhilfeempfängerInnen nicht ablehnen dürfen.

Das Hauptziel all dieser Maßnahmen ist die Abschreckung. Möglichst viele Leute sollen durch die Drohung mit Arbeit davon abgehalten werden, ihr Recht auf Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen. Die Variante der Jahresverträge hat für das Sozialamt außerdem noch den Effekt, HilfeempfängerInnen zum Arbeitsamt zu verschieben, da nach der Maßnahme Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht.

Seit dem Aufkommen der Massenarbeitslosigkeit in den 70er Jahren ist der Zweite Arbeitsmarkt enorm ausgeweitet worden. Besonders in Krisenzeiten versuchen die Kommunen, mit Arbeitsprogrammen die zunehmende Inanspruchnahme von Sozialhilfe einzudämmen. 'Hilfe zur Arbeit' funktioniert allerdings selten reibungslos. Gegen die Pflichtarbeit hat es immer wieder Proteste gegeben. Die Sozialämter mußten teilweise einen Rückzieher machen. Um die Arbeitspflicht tatsächlich durchsetzen zu können, mußten und müssen sie ihre Maßnahmen immer wieder verändern, differenzieren, ideologisch verkleistern oder für einzelne Gruppen akzeptabler machen. Der folgende kurze Rückblick bezieht sich auf Erfahrungen in Köln, die auf ähnliche Weise auch in vielen anderen Städten gemacht wurden.

Mitte der 70er Jahre hat das Kölner Sozialamt massenhaft SozialhilfeempfängerInnen zum Laubfegen geschickt, für 1,50 DM/Stunde. Auf den Friedhöfen traf sich eine bunte Mischung von Menschen, die aus sehr verschiedenen Situationen kamen. Hilfsarbeiter fegten neben Lehrern mit Berufsverbot, und alle hatten dieselbe Wut auf diese Arbeit. Sie gründeten die

'Interessengemeinschaft der Pflichtarbeiter e.V.', störten die Arbeit, protestierten und demonstrierten - und hatten Erfolg. An die 200 PflichtarbeiterInnen wurden 1976 von der Fegerei befreit.

In den folgenden Jahren wurden vor allem AsylbewerberInnen zur Zwangsarbeit verpflichtet, (und Gruppen, die es schon immer getroffen hat, wie Obdachlose und BerberInnen) - bis das Sozialamt in den 80ern einen neuen Versuch startete, die Arbeit für 1,50 DM auszuweiten. Dabei gingen sie schon ein bißchen gezielter und geschickter vor. Jetzt mußten nicht mehr alle auf den Friedhof. Leute mit Sozialberufen durften z.B. in Kindergärten aushelfen. Trotzdem war kaum jemand begeistert darüber, für 1,50 DM/Stunde zur Arbeit geschickt zu werden.

Als 1984 auch GenossInnen aus der Hausbesetzerbewegung vom Sozialamt zur Arbeit einberufen wurden, entstand die 'Initiative gegen Zwangsarbeit' (die zu dem Zeitpunkt übrigens nichts von ihrer Vorgängerin in den 70ern wußte). Damals gab es für ganz Köln noch eine zentrale Stelle für die 'Hilfe zur Arbeit'. Dort trafen sich entsprechend viele Zwangsverpflichtete, und die Flugblätter der Initiative stießen auf große Zustimmung. Für die Sachbearbeiter in diesem Büro wurde die Stimmung manchmal ziemlich ungemütlich. Oft ließen sie Sozialhilfeempfänger, die protestierten oder zusammen mit jemandem von der Initiative ankamen, lieber mit ihren Arbeitsangeboten in Ruhe.

Die Initiative organisierte auch Protestaktionen auf Arbeitsstellen. Eine Demonstration auf dem bekanntesten Kölner Friedhof fand in der Lokalpresse großes Echo. Viele SozialhilfeempfängerInnen wehrten sich auch einzeln: mit krankfeiern, zuspätkommen, oder schlecht arbeiten, bis hin zur Sabotage.
Auf all diesen Widerstand reagierte die Stadt mit einer Neuorganisierung der Zwangsarbeit. Jetzt kam die andere Variante von Arbeit nach dem BSHG - die Jahresverträge - vermehrt ins Spiel. Vereine und Initiativen wurden als Arbeitsstellen einbezogen. Die Stadt hat gehofft, mit dieser etwas besseren Zwangsarbeit diejenigen ruhigzustellen, die am lautesten protestierten, und so das ganze Programm wieder ans Laufen zu kriegen. Teilweise ist ihr das gelungen.

(Die Geschichte der Kölner Initiative ist in den Nummern 38 und 39 der »Wildcat« von 1986 nachzulesen).

Grenzen des Zweiten Arbeitsmarktes

Die Proteste gegen staatliche Arbeitsprogramme sind zurückgegangen. Viele Initiativen sind mittlerweile selbst in Abhängigkeit vom Zweiten Arbeitsmarkt

geraten. Sie betteln um mehr ABM-Stellen, statt den Arbeitszwang, der in diesen Maßnahmen steckt, zu kritisieren. Und mehr als zwanzig Jahre Massenarbeitslosigkeit zeigen Wirkung. Heute gibt es sicher mehr Leute, die bereit sind, sich in Arbeitsprogramme stecken zu lassen oder ziemlich miese Jobs anzunehmen - weil sie von einem Leben mit wenig Geld und viel Ämterschikanen zermürbt sind, oder weil es angesichts zunehmender Kontrollen schwieriger geworden ist, die magere staatliche Unterstützung durch Schwarzarbeit aufzubessern.

Aber das ist nur die eine Seite. Bei vier Millionen Arbeitslosen (und wesentlich mehr Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen waren oder immer wieder mal sind), ist es nichts Besonderes mehr, und folglich auch keine besondere Schande, staatliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Gegen dieses Selbstbewußtsein und 'Anspruchsdenken' wird in letzter Zeit mal wieder enorm viel ideologische Propaganda aufgefahren. Aber trotz aller Hetze gegen 'Drückeberger' hält sich der Arbeitseifer bei vielen Arbeitslosen doch sehr in Grenzen. Von den SozialhilfeempfängerInnen, die 1996 in Köln zwecks Arbeitsberatung vom Sozialamt vorgeladen wurden, ging die Hälfte einfach nicht hin. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen funktionieren nur in den seltensten Fällen als Sprungbrett in den Ersten Arbeitsmarkt. Typischer sind ABM-Karrieren: ein langjähriges Wandern zwischen Arbeitslosenunterstützung und staatlich finanzierten Arbeitsmaßnahmen, in denen relativ locker gearbeitet wird.

Seit Mitte der 90er Jahre werden auf staatlicher Seite wieder verstärkt Überlegungen angestellt, mit welchen neuen Modellen Arbeitslose ans Arbeiten gebracht werden können. Das Modell des Zweiten Arbeitsmarktes ist an seine Grenze gestoßen: es können nicht genügend solcher Stellen geschaffen werden, und der Staat finanziert damit unproduktive Arbeit mit geringem Disziplinierungseffekt und ohne Perspektive.

Die neuen Methoden zielen deshalb wieder auf den Ersten Arbeitsmarkt. Arbeitslose sollen nicht mehr teuer in unproduktiven staatlichen Maßnahmen geparkt werden, sondern fitgemacht werden für die Ausbeutung direkt beim Kapitalisten. Der Schwerpunkt verschiebt sich von der Arbeitsbeschaffung zur Arbeitsvermittlung. Statt selbst Stellen zu finanzieren, investiert der Staat in private Arbeitsvermittlungen, die ein Kopfgeld bekommen, wenn sie es schaffen, einen Arbeitslosen in irgendeinem Job der Privatwirtschaft unterzubringen.

Bei diesem Modell geht es nicht nur um das Einsparen von Geldern, sondern auch um einen Angriff auf das vom Staat so gefürchtete 'Anspruchsdenken' und um die Hebung der allgemeinen Arbeitsmoral:

»Wenn ein Langzeitarbeitsloser oder ein älterer Arbeitsloser Arbeit findet, hat dies einen positiven Einfluß auf seine direkte Lebensumgebung. Schließlich wird das Bild, daß 'doch keine Arbeit zu finden ist', auf sehr konkrete Art und Weise durchbrochen. Darüberhinaus kann die Eingliederung einer substantiellen Anzahl schwer vermittelbarer Arbeitssuchender auch einen Beitrag zum Aufbrechen von 'Arbeitslosenkulturen' leisten. Vor allem in sozial benachteiligten Vierteln und Straßen mit hoher Arbeitslosigkeit herrscht nicht selten die Vorstellung vor, daß Arbeit 'nur etwas für Dumme' ist. Die erfolgreiche Vermittlung von Leuten aus solchen Vierteln oder Straßen - und der sichtbare stabilisierende Effekt einer regelmäßigen Arbeit - kann hier eine wichtige Vorbildfunktion erfüllen.« (aus einem Bericht vom Februar 1997 über das erste Maatwerk-Projekt in Hamburg)

Maatwerk - Ausbeutung nach Maß

Der Prototyp der privatisierten Arbeitsvermittlung im Staatsauftrag kommt aus den Niederlanden und nennt sich Maatwerk, Arbeit nach Maß. Die Firma Bureau Maatwerk ist 1991 gegründet worden. Die Initiatoren sind seit 1985 in der Vermittlung schwer vermittelbarer Arbeitsloser tätig und haben dabei den Maatwerk-Ansatz entwickelt. Bureau Maatwerk übernimmt entweder selbst die Arbeitsvermittlung oder aber die Schulung von Arbeitsvermittlern in ihren speziellen Methoden, und ist inzwischen international tätig.

Maatwerk ist eine private Firma. Der Staat bezahlt nicht die Löhne der Vermittler, sondern nur die Leistung, d.h. Kopfprämien für erfolgreiche Vermittlung. Mit der Aufhebung des Vermittlungsmonopols der Arbeitsämter wurde die gesetzliche Grundlage für diese Privatisierung geschaffen. Bundesregierung und Bundesanstalt für Arbeit haben im Dezember 1997 eine Kopfprämie von 2000 Mark für die erfolgreiche Vermittlung eines Alhi-Beziehers in einen sozialversicherungspflichtigen Job vereinbart, der mindestens ein halbes Jahr dauert. Die Vermittlung besonders schwieriger Fälle lassen sie sich 4000 Mark kosten. Denselben Satz kassieren die privaten Arbeitsvermittlungen auch für einen Sozialhilfeempfänger, der es ein Jahr lang auf dem ersten Arbeitsmarkt aushält. Wenn der Arbeitsversuch vorzeitig scheitert, bekommen sie 250 Mark pro Beschäftigungsmonat. Und ebenfalls 250 Mark bezahlt der Staat für einen sogenannten Hilfeplanvorschlag.

Für die Sozialbehörden rechnen sich diese Prämien, denn das Kopfgeld steigert die Effektivität der Arbeitsvermittlung. Die Motivation der Maatwerk-MitarbeiterInnen wird durch die Bezahlung nach Erfolg sichergestellt. Die 'Mir-doch-egal-Haltung' mancher netter Menschen im Arbeitsamt kann

bei diesen Leistungskriterien nicht so leicht aufkommen. Im Hamburger Projekt (das seit Anfang 1996 läuft und das erste in der BRD war) wurde z.B. mit Maatwerk ein Vertrag abgeschlossen, in dem sie sich verpflichtet haben, innerhalb von 15 Monaten 300 SozialhilfeempfängerInnen ans Arbeiten zu kriegen.

Die Maatwerk-Methode beruht auf zwei Grundannahmen: erstens gibt es auf dem Arbeitsmarkt versteckte offene Stellen, von denen das Arbeitsamt nie etwas erfährt, und zweitens haben Arbeitslose versteckte Fähigkeiten, die die staatlichen Arbeitsvermittler nie rauskriegen. Der Maatwerk-Trick soll darin bestehen, beide Komponenten maßgerecht zusammenzubringen. Die Politik von Maatwerk betrifft in erster Linie die etwa 33 Prozent der SozialhilfeempfängerInnen zwischen 18 und 65 Jahren, die nach Schätzungen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die Maatwerk-Vermittler führen mit den Arbeitslosen intensive Gespräche, um eine persönliche Profilanalyse ihrer Arbeitskarriere, ihrer Fähigkeiten und Einschränkungen zu erstellen. Sie 'motivieren' die Arbeitslosen, nach geeigneter Arbeit zu suchen. Aber sie sprechen andererseits auch selbst Unternehmer an, um sie von den Vorzügen der maatwerkvermittelten BewerberInnen zu überzeugen und sich ein Netz potentieller Arbeitgeber aufzubauen.

Für die Unternehmer funktioniert Maatwerk wie ein ausgelagertes (und kostenloses) Personalbüro, das die BewerberInnen vorsortiert und auch nach Arbeitsaufnahme noch bei Problemen interveniert. Denn da die volle Vermittlungsprämie erst nach einem halben bzw. einem Jahr Beschäftigung gezahlt wird, hat Maatwerk großes Interesse daran, daß seine Klienten durchhalten. Die Maatwerk-Projekte funktionieren als stadtteilbezogene Anbieter und Kontrolleure billiger Arbeitskraft. Sie vermitteln vor allem die neuen Drecks-Jobs der Dienstleistungsbranchen, wie Pizzafahren, Regaleinräumen im Supermarkt, Putzen usw.

Im Vergleich mit den Arbeitsprogrammen der 70er und 80er Jahre geht der Staat heute zielgenauer und selektiver vor. Es wird versucht, bestimmte Gruppen gezielter zu vermitteln, statt 'Arbeitsunwillige' auf breiter Front mit einheitlichen Maßnahmen abzuschrecken. Die Maatwerk-Modellprojekte werden in 'Problemvierteln' eingerichtet, in denen der Staat Ghettobildung und einen Verfall der Arbeitsmoral befürchtet (siehe obiges Zitat zu Hamburg). In Köln wurden die Stadtteile für die ersten Maatwerk-Projekte nach folgenden Kriterien ausgewählt: Absolute und relative Anzahl von SozialhilfeempfängerInnen, Arbeitslosenquote, Anzahl der psychiatrischen Zwangseinweisungen pro 100.000 Einwohner, und Zahl der Personen in Übergangs- und Wohnheimen.

Jeder soll sein eigener Unternehmer werden...

Das »Maatwerk-Modell« existiert mit Nuancen und unter verschiedenen Namen inzwischen in mehreren Städten bzw. beginnt dort gerade mit seiner unheilvollen Tätigkeit (HH, Potsdam, Köln, Berlin). Der Zwangscharakter, der auch hinter diesen Modellen steckt, kann zunächst recht gut verschleiert werden. In Köln z.B. legt die Sozialbehörde größten Wert darauf, als Träger für die örtlichen »Maatwerk-Büros« (hier schön kölsch unter dem Titel »Pro-Veedel« - für das Viertel, den Kiez, den Stadtteil - präsentiert) von der Stadt unabhängige, alteingesessene Vereine und Initiativen zu gewinnen, die auch dafür sind, den armen Arbeitslosen endlich aus ihrer Misere zu helfen. Dazu die Kölner Sozialdezernentin Christiansen im Mai 1997: »Wenn auch nur ansatzweise der Eindruck entsteht, sie {die o.g. Vereine und Initiativen, Anm. d. A.} würden durch ihre Mitwirkung an dem Programm zu einer Art Sozialpolizei, zum verlängerten Arm einer Kontrollbehörde, dann kommen wir hier nicht weiter.« Außerdem will man sich sowieso vorrangig an prinzipiell Arbeitswillige wenden: »Das Programm kann nur erfolgreich sein, wenn wir uns auf die Hilfeempfänger und Hilfeempfängerinnen konzentrieren, die geeignet, und das heißt motiviert sind zur Arbeitsaufnahme. Dieses Programm ist kein Instrument zur Verfolgung von Drückebergern und Schwarzarbeitern. Wer es so mißbraucht, der bringt uns um den gemeinsamen Erfolg, und er handelt auch unwirtschaftlich: In der Zeit, die man aufwenden muß, um einen vermeintlichen oder tatsächlichen Drückeberger zu überführen, kann man zig Motivierte in den Arbeitsmarkt begleiten. Also vergeuden Sie bitte nicht die knappen Personal- und Geldressourcen für die Auseinandersetzung mit den sogenannten schwierigen Kunden.

Bei 'Hilfe zur Arbeit' sind im Augenblick mehrere Tausend, die auf Beschäftigung drängen, die wir aber, da die Ressourcen der Maßnahmen nach §19.2, erste Alternative begrenzt sind, nicht so schnell mit Stellen bedienen können, wie dies erforderlich wäre.

Die Anwendung des §25 Abs.1 BSHG (Kürzung der Hilfe) setzt eine sorgfältige Beurteilung objektiver und subjektiver Gründe voraus, und sozialhilferechtlich ist diese Vorschrift vorwiegend zur Motivierung der Hilfeempfänger gedacht. Hierzu wird die Sozialverwaltung noch Anwendungshilfen erarbeiten.«

Daß Arbeitsverweigerer auch künftig keine Ruhe haben sollen, zeigt der letzte Teil vom Zitat. Das Drohmittel Sozialhilfekürzung oder -streichung bleibt bestehen, wird aber in den Hintergrund gerückt. Vordergründig setzen

sie auf Freiwillige und versuchen auf diese Weise, den Zwangscharakter ihrer 'Angebote' zu verschleiern.

Es geht ihnen auch darum, insgesamt zu einem Klima beizutragen, in dem Arbeiter und Arbeitslose nicht mehr in den Kategorien von Profit und Ausbeutung, von reich und arm, oder gar von Klassen und Kampf denken, sondern in dem sich jeder wie ein kleiner Unternehmer fühlt: jede soll ihres Glückes Schmiedin sein, jeder trägt das (unternehmerische) Risiko für sein Leben individuell!

Diese Arbeits- und Selbständigkeitsideologie von oben hat durchaus einen Resonanzboden bei einem Teil der Arbeitslosen und ArbeiterInnen selbst. Die jahrzehntelange Arbeitslosigkeit hat dazu beigetragen, daß im Vergleich zu den 70er Jahren auch »von unten« gefordert wird, um (fast) jeden Preis Arbeitsplätze zu schaffen. Bezeichnenderweise wurde das »Bündnis für Arbeit« der CDU-Regierung in seiner Hochphase 1996 auch von Linken wegen seiner Erfolglosigkeit kritisiert! Mithilfe der Arbeitslosigkeit ist also auch mitten unter uns wieder das Prinzip verankert, daß unsere Lebensmittel und unser Einkommen von unserer Arbeit abhängen sollen. Wer nicht arbeitet, soll also auch nicht essen!

Der Erfolg dieser neuen Programme hängt im wesentlichen von zwei Punkten ab: schaffen es Regierung und Kommunen überhaupt, genügend Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor für ihre Schützlinge zu mobilisieren, und lassen sich genügend Arbeitslose widerspruchslos in diese Jobs drücken? Und wie verhält sich die »Stammbelegschaft« zu ihnen, gelingt die beabsichtigte weitere Spaltung oder schaffen wir es, den Kapitalisten die Lust daran zu nehmen, »Maatwerk-Projekte« als vorgelagerte Personalrekrutierung zu benutzen?

Der Angriff gilt uns allen

Die neuen und alten staatlich (kommunal) betriebenen Arbeitsprogramme wirken sich auf die Bedingungen der Klasse insgesamt aus: Staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen waren in den 80er Jahren Vorreiterinnen für verschlechterte Arbeitsbedingungen (z.B. wurden über ABM zum erstenmal Befristungen in Arbeitsverträgen üblich, was sich später auf gesetzlicher Ebene niederschlug, es wurden Löhne zu 90 Prozent und weniger vom Tarif gezahlt, später vereinbarte z.B. in der Chemieindustrie die zuständige Gewerkschaft Einstiegslöhne mit 90 Prozent vom untersten Tariflohn). Aktuell

bedienen Maatwerk und Konsorten vor allem den Sektor des Arbeitsmarktes, in dem es um schlechtbezahlte, anstrengende und prekäre Jobs geht.

Die Maßnahmen betreffen auch diejenigen, die heute zu den durchschnittlich üblichen Bedingungen arbeiten. Denn je mehr Arbeitslose in schlechtere Jobs zu geringeren Löhnen gezwungen werden können, desto stärker geraten auch die Bedingungen der übrigen Beschäftigten unter Druck. Ganz konkret bekommen das die Beschäftigten einiger kommunaler Sektoren zu spüren: ihre Forderungen und Ansprüche können viel eher zurückgewiesen werden, wenn die Kommunen es schaffen, die Arbeiten teilweise von zwangsverpflichteten SozialhilfeempfängerInnen erledigen zu lassen. Im großen Supermarkt, der kleinen Klitsche oder auch im Großbetrieb werden schon kleinere Auseinandersetzungen viel komplizierter, wenn neben dem »Stammpersonal« immer mehr LeiharbeiterInnen, Maatwerk-Geschädigte, gratis arbeitende Praktikanten etc stehen. Andererseits bietet eine solche neue Zusammensetzung der Beschäftigten auch mehr Möglichkeiten, den jeweiligen Laden zum Kochen zu bringen, denn die Unzufriedenheit mit der Arbeit wird nicht lange unter dem Deckel zu halten sein.

Wir werden uns also nicht nur damit auseinandersetzen, wie wir uns konkret gegen die »Maatwerk«-Schweinereien verhalten. Diese sind nur *ein* Baustein in der allgemeinen Intensivierung von Arbeitszwang und Ausbeutung sowie in der Förderung des Niedriglohnsektors; dazu gehören ebenfalls die Diskussionen um Kombilöhne, die »Neuregelung« der 630er-Jobs, die Ausweitung neuer Dienstleistungen und die staatliche Förderung von Leiharbeit (durch Verbesserung der gesetzlichen Bedingungen für die Verleihfirmen).

Uns muß es deshalb darum gehen, die *ganze* Mauer niederzureißen. Die praktische Kritik an den neuen kommunalen Beschäftigungsprogrammen könnte ein Ansatzpunkt dafür sein. Wir wollen also nicht speziell die »Workfare-Jobs« angehen, sondern die gesamte Bandbreite der Ausbeutung in den jeweiligen Betrieben.

j./n., köln, Januar 1999

[Dieser Text erreichte uns aus Spanien. Er stammt von einer Gruppe von Prekären, die sich organisiert haben, um u.a. gegen »Sklavenhändler« (Zeitarbeitsfirmen) vorzugehen.]

Arbeit ist das, was (uns) lästig ist

Die Vollbeschäftigung wird nie zurückkehren. Die enorme Reduzierung der notwendigen Arbeitszeit aufgrund der durchgesetzten neuen Produktionstechnologien und Organisationsmodellen ist nicht zurückzudrehen. Der Arbeitsmarkt ist eine einzige Täuschung.

Trotzdem »wollen« wir arbeiten und »suchen« eine Anstellung, als ob dies die einzig mögliche Lebensweise in dieser Gesellschaft wäre, die einzige Möglichkeit, normal zu sein und unser Leben zu füllen.

Das Kapital hat Alles besetzt. Kein Ort auf dem Planeten, der der Gewalt des Geldes entfliehen kann. Es ist der Schlüssel, es setzt die Gesetze durch: Geld im Tausch gegen Arbeitszeit. Aber heutzutage ist die Arbeitszeit als Äquivalent des bezahlten Lohnes aufgrund der technologischen Innovationen auf ein Minimum gesunken. Annähernd die gesamte Arbeit ist Mehrarbeit, soll heißen, Gratisarbeit, die von uns dem Kapital dargeboten wird. Trotzdem tut der Kapitalist so, »als ob« er uns das bezahlt, was in Wirklichkeit sowieso uns gehört. Sein Gesetz (das Wertgesetz) muß sich durchsetzen, obgleich es zu dem Absurdum führt, daß es uns als einzig mögliche Existenz diejenige von ArbeiterInnen ohne Arbeit anbieten kann. So verlängern die Formen der Nichtarbeit (Arbeitslosigkeit, Prekarisierung...) das, was die Arbeit in Wirklichkeit immer gewesen ist: eine Form der politischen Kontrolle mittels Arbeitsgefängnissen, eine Form der Enteignung von Lebenszeit. So verwandelt sich die Arbeitslosigkeit in eine Unterwerfungsmaschinerie, die über die schlichte traditionelle Verpflichung zur Arbeit hinausgeht. Die Arbeitslosigkeit verwandelt sich in eine Vorrichtung zur Produktion von traurigen und feigen Männern und Frauen.

Das Elend im Schoße von Reichtum und Überfluß rechtfertigt die neoliberale Offensive als Ergebnis einer objektiven Kraft, die über den Einflußmöglichen der Menschen steht. Aber gerade für das Elend im Herzen des Überflusses gibt es eine einzige Erklärung: Das Lohnverhältnis. LohnarbeiterInnen ohne

Arbeit in oder außerhalb der Fabriken, Zeitverschwender auf der Suche nach Arbeit, Gedemütigte vor den Sozialarbeitern, Gefangene der ökonomischen Rationalität, unterworfen unter die Pläne der Wissenschaften, zur Prekarität verurteilt... Bis wann noch? Bis zu dem Moment, in dem wir aufhören, die Arbeit als ein »knappes Gut« zu betrachten und diese elende Ideologie durchbrechen, die für Elende gemacht wurde.

Das Kapital organisiert die enorme Reduzierung der Arbeitszeit wie eine Vorrichtung, die Angst erzeugt. Als Arbeitskräfte, die wir sind, aber ohne kollektive Subsistenzmittel, sehen wir die Degradierung unserer Existenz, ohne uns zu trauen, das herauszuschreien, was uns doch in Wirklichkeit am Herzen liegt: es ist genau die Arbeit, die (uns) lästig ist.

Laßt uns das Ende der Vollbeschäftigung feiern! Für nichts wollen wir in die Fabrik zurück. Alles, was uns wichtig ist, ist weit weg von diesem Ort. Das einzige was wir wollen, ist Geld, um Leben zu können, und deshalb fordern wir ein garantiertes Einkommen für alle, das an keinerlei Bedingung gebunden ist.

Als Erben des Fordismus haben wir uns daran gewöhnt, die Arbeitszeit als Maß des Lohnes zu betrachten und zwischen Arbeitgebern und individuellen ArbeiterInnen das zu zahlende Entgelt zu verhandeln. Es ist an der Zeit, mit dieser Unsitte aufzuhören.

Es ist nicht wahr, daß wir arbeitslos sind. Wir tragen Jahrhunderte der Arbeit mit uns herum, in denen wir unsre Kraft und Intelligenz in den Dienst dieser Produktionsweise stellten, die jetzt, in ihrer dritten industriellen Revolution, die strukturelle Reduzierung der Arbeitszeit als neues Herrschaftsinstrument benutzt. Wie können sonst die enormen produktiven Kapazitäten diese Systems erklärt werden?

Es ist an der Zeit, ein garantiertes Einkommen für alle zu fordern, denn mit Anstellung oder ohne sind wir Teil einer gesellschaftlichen Maschine, die jahrhundertelang die Mehrheit ihrer Subsistenzmittel enteignet und die Früchte der Lohnarbeit akkumuliert hat, bis eine produktive Kapazität erreicht wurde, so groß, daß unsere Arbeitszeit nicht gebraucht wird, um weiterhin produktiv zu sein. Die Produktivität ist eine gesellschaftliche und überschreitet Raum und Zeit (espacio-tiempo).

Beim Lesen dieser Zeilen werden einige denken, daß ein garantiertes Einkommen für alle nicht möglich ist, ein viel zu ehrgeiziges Ziel für die geschundenen Kräfte einer Bewegung, die historisch besiegt worden ist. Auf eine gewisse Art ist es auch so. Das heute Mögliche ist die Traurigkeit der Arbeitslosigkeit, die Demütigungen durch die Arbeit, die Nachgiebigkeit in Verhandlungen, die Vereinzelung, das Scheitern ... und unmöglich ist es, mit den alten Schemata zur Veränderung der Welt weiterzumachen, in die wir uns verrannt haben. Aber zwischen dem Möglichen und Unmöglichen können wir eine Bresche schlagen: eine Bresche, die es uns ermöglicht, auf andere Art und Weise zu denken, uns andere Welten vorzustellen, die durch einen Schwall frischen Mutes neu gestaltet werden können: in der Schlange beim Arbeitsamt, in der Diskussion mit dem Meister, an der Kasse im Supermarkt, und besonders an dem Ort, den wir »Gemeinsamkeit spüren« nennen, und der es uns verbietet, wenigstens anders als normalerweise zu **denken**. In dieser Bresche zwischen dem Möglichen und Unmöglichen wäre das garantierte Einkommen für uns nicht mehr nur etwas Unvollstellbares, sondern auch etwas Erreichbares für unsere Kinder – wie es zu anderen Zeiten mit der Durchsetzung und Gebührenfreiheit von Schul- und Gesundheitswesen war, oder auch mit dem bezahlten Urlaub. Gleichzeitig würde dies Teil einer Bewaffnung sein, die es uns erlauben würde, den Ausschluß zu genießen, den diese Stätten der Traurigkeit, die wir Arbeitslosigkeit oder Arbeit nennen, für uns vorgesehen haben.

Can't buy me love ...

Seit der Mobilisierung der Arbeitslosen in Frankreich im Winter 1997/98 stellen sich auch hier wieder mehr Leute aus dem linken Spektrum die Frage, wie sich aus Arbeitslosigkeit, Verarmung und verschärfter Ausbeutung heraus eine Bewegung gegen das kapitalistische System entwickeln kann. Im Frühjahr 1998 gelang es einer bis dahin recht unbekannten »gewerkschaftlichen Koordinierungsstelle« für Arbeitslosengruppen, monatliche Aktionen vor den Arbeitsämtern anzukurbeln. Einige linksradikale Gruppen beteiligten sich an solchen Aktionen und versuchten, sie zu radikalisieren. Denen wurde schnell deutlich, daß es keine *Bewegung* von unten war, sondern medienwirksame Aktionen, die meist nur einen kleinen Kreis der haupt- und ehrenamtlichen Träger von Arbeitslosengruppen und Gewerkschaftsgruppen vor den Arbeitsämtern zusammenbrachte. Als das eigentliche Ziel der Kampagne, nämlich die Sozialdemokratie wieder an die Macht zu bringen, erreicht war, wurde sie in gleicher Weise *von oben* ausgeknipst, wie sie zuvor eingeschaltet worden war.

Aber war es in Frankreich nicht gelungen, Arbeitslose und Prekäre zu mobilisieren? Sollte das über geeignete Forderungen nicht auch hier möglich sein? Um diese Fragen kreisen seitdem eine Reihe von linken Diskussionen, Treffen und Kongressen. Im Mittelpunkt stehen dabei zwei Forderungen: Ein garantiertes Mindesteinkommen (hierzulande meistens als »Existenzgeld« bezeichnet) und eine weitere Arbeitszeitverkürzung. Auch im »Bündnis für Arbeit« (»und Wettbewerbsfähigkeit«!) der rot-grünen Regierung werden diese Forderungen eine wichtige Rolle spielen.
Die linken und teilweise »antikapitalistisch« orientierten Gruppen diskutieren die Forderungen unter verschiedenen Gesichtspunkten: als taktische Mittel für die Massenmobilisierung; als Übergangsforderungen, die über die aktuelle Gesellschaft hinausweisen; als materielle Verbesserungen, mit denen die Voraussetzungen für neue Kämpfe geschaffen werden; oder schlicht als Wohlfahrt für die Armen. Es geht also nicht nur um die Forderungen, sondern auch um unser Verständnis vom Staat, von seiner besonderen Ausprägung als Sozialstaat, um den Charakter dieser Gesellschaft und nicht zuletzt um die Frage nach unserer Rolle.

In den achtziger Jahren haben wir uns schon einige Male mit der Forderung nach einem Existenzgeld und den Illusionen der tariflichen Arbeitszeitverkürzung auseinandergesetzt und dabei den grundlegenden Zusammenhang von sozialstaatlicher Sicherung und Reproduktion der kapitalistischen Klassenverhältnisse herausgearbeitet. Durch die weiter gestiegene Arbeitslosigkeit und die Umstrukturierung der Produktion haben sich die materiellen Hintergründe der Debatte verändert, was in der Betonung der sogenannten »Prekarisierung« auf dem Arbeitsmarkt anklingt, aber kaum ernsthaft untersucht wird. Seither hat sich aber auch der theoretische Kontext verschoben. Anfang der 80er Jahre ging es in der Debatte zumindest teilweise noch um den Versuch einer revolutionärer Theoriebildung (z.B. in der Zeitschrift »Autonomie/Neue Folge«). Die *riots* in britischen und französischen Vorstädten und die gegen die Spardiktate des IWF gerichteten Brotrevolten in Afrika oder Lateinamerika hielten die Idee einer globalen Revolution am Leben. Heute lastet der »Endsieg« des Kapitalismus nach 1989 schwer auf allen theoretischen Anstrengungen. Das linke Denken flüchtete zur französischen Regulationsschule, die mit dem Zauberwort »Postfordismus« schon zu wissen meint, wohin die weitere Reise des unüberwindbaren Kapitalismus geht. Und philosophisch untermauert wurden die bescheiden gewordenen Denkversuche mit den Theoremen der Postmoderne, die mit ihrer allumfassenden »Dekonstruktion« sozialer Wirklichkeit nur noch »Ambivalenzen« entdecken können. Irgendwie ist alles falsch und alles richtig – Hauptsache, wir lassen uns nicht festlegen.

Die bisherigen Beiträge zur neuen Debatte um Existenzgeld und Sozialstaat und die unterschiedlichen, daran beteiligten Gruppen lassen sich aber nicht über einen Kamm scheren. Das Spektrum reicht von Politiker spielenden Studenten, die nicht zu unrecht schon als die Jusos der 90er Jahre bezeichnet worden sind, bis hin zu Gruppen junger Militanter, die sich die Frage stellen, wie sich hier revolutionäre Bewegungen entwickeln können. Wir drucken daher im folgenden drei Beiträge zu der Debatte aus unseren eigenen Reihen ab, die sich auf verschiedenen Ebenen bewegen: **das erste** ist eine kurze Polemik, die sich fragt, was hinter der gedankenlosen Art einer Konferenzvorbereitung steckt; **der zweite** Text arbeitet den Zusammenhang zwischen Existenzgeldforderung und einer bestimmten Sichtweise der Gesellschaft als Summe vereinzelter Individuen heraus; **der dritte** schließt an unsere Auseinandersetzung mit der Gruppe Blauer Montag im Wildcat-Zirkular Nr. 40/41 an und zeichnet weitere Stationen eines bedauerlichen Zerfalls nach.

Ideologischer Klapperkasten

Am Anfang sind Gruppen wie »F.e.l.S. / Arranca« oder »Blauer Montag« bei ihrem Versuch, »die soziale Frage zu thematisieren«, recht unbekümmert auf die Forderung nach einem Existenzgeld aufgesprungen. Nachdem diese nun von verschiedenen Seiten kritisiert worden ist,[1] greifen ihre Verfechter in den letzten Veröffentlichungen die Einwände auf. Dabei gehört es zum (schlechten) Stil, die Kritik einzuflechten, zu relativieren oder als »revolutionaristisch« zu geißeln, um dann mit einem vielsagenden »Vorsicht Ambivalenz« zur Forderung zurückzukehren. Es käme darauf an, was wir daraus machen und irgendwie ließe sich schon daran anknüpfen.[2] Dabei wird ganz offen mit der Nähe der eigenen Forderung zu Grundsicherungsmodellen der bürgerlichen Parteien kokettiert, um dann mit dem Gejammere über die fehlenden sozialen Bewegungen die Kampagne zu rechtfertigen. Die Gedanken, die wir uns über die Welt und über gesellschaftsverändernde Politik machen, werden zur bloßen Ideologie erklärt: nämlich als theoretische Rechtfertigung für politische Entscheidungen, die ohnehin schon feststehen. In den Papieren zu den Arbeitsgruppen der Konferenz (Sozialstaatskritik, Prekarisierung, Ende der Lohnarbeit ...) werden wichtige inhaltliche Fragen aufgeworfen – aber die Protokolle der Vorbereitungsdiskussion zeigen mit zynischer Schärfe, daß es den Veranstaltern um inhaltliche Klärungen überhaupt nicht geht.

> »Die Diskussion in den Foren sollte einen leichten bis mittleren **strategischen Einschlag** haben. Aufgrund bisheriger **inhaltlicher Unklarheit** sowie **nicht vorhandener strategischer Positionen** im Vorbereiterinnenkreis soll jedoch eine Betonung auf der inhaltlich differenzierten Diskussion liegen.«
> »Es bleibt festzuhalten, daß die **bisher ausgebliebene Diskussion** und Verständigung ueber die Zielsetzung der Konferenz offen ausgebrochen ist. Eine grundsätzliche Ausrichtung der Konferenz auf **politische Inter-**

[1] Siehe z.B. die Debatte in der Zeitschrift »analyse und kritik«, einen kritischen Brief aus Freiburg, der auf der Internetseite zur Vorbereitung des Kongresses von Fels veröffentlich wurde, sowie Beiträge in den Wildcat-Zirkularen.

[2] Bezeichnend sind die Beilage zum ak »Schluß mit dem Streß« und das »Positionspapier zur Sozialen Grundsicherung« des Bündnisses linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen LiRa (http://www.nadir.org/nadir/initiativ/fels).

vention über theoretische Diskussionen hinaus war Konsens. Daß vieles noch inhaltlich unklar ist bzw. die Positionen heterogen sind, ebenso.«

»Die Moderatorin soll eine parteiische Moderatorin sein, die die landläufigen linksradikalen Einwände gegen die Forderungen noch mal **abklappert**.«

(Aus Protokollen der Vorbereitungstreffen zur Arbeitskonferenz für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung im März '99 in Berlin)

Inhaltlich ist nix klar, aber weil es um »politische Intervention« geht, muß die Existenzgeldforderung durchgepowert werden. Die Grünen haben gezeigt, wie man »politikfähig« wird. Und der Student von heute will es ihnen nachmachen. Dafür hat er eine »dialektische« Staatstheorie auf Tasche, mit der er die eigene Laufbahn als Berufspolitiker rechtfertigen kann: *»Allerdings wäre ein Begriff vom ›ideellen Gesamtkapitalisten‹ deutlich zu kurz, wenn dieser nicht auch berücksichtigt, daß es eben auch zur Aufgabe des Staates und staatsnaher Institutionen gehört, die gesellschaftlichen Verhältnisse so zu gestalten, daß die überwiegende Mehrheit sich mit dem gesellschaftlichen System identifizieren kann und dadurch jenes legitimiert. Hier liegen auch die Potentiale für emanzipatorische Veränderungen innerhalb des kapitalistischen Systems begründet.«* (Positionspapier zur Sozialen Grundsicherung vom Bündnis linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen LiRa) Zynischer geht's nicht mehr: die ideologische Funktion des Staatsapparats, die Legitimation der kapitalistischen Verhältnisse zu sichern, also die Verdummung der Ausgebeuteten zu betreiben, wird zum »Potential« für emanzipatorische Veränderungen. Hier sind offensichtlich Leute auf der Suche nach ihrem sicheren und gutbezahlten Platz im Staatsapparat und müssen dabei nur noch ein bißchen linksradikale Vergangenheit beiseite räumen.

Mal im Ernst, was wollen Leute, die so argumentieren? Es ist ein Unterschied, sich 1500 Mark im Monat für sich selber gut vorstellen zu können, oder so ausgefeilte Legitimationstheorien für eine Kampagne und politische Bündnisstrategien aufzufahren. Denen ist die Diskussion um die Forderung, um politisches Eingreifen, um einen Weg zum Umsturz dieser beschissenen Gesellschaft völlig egal. Die sehen das ganze theoretische Geschwätz nur unter pragmatischen politischen Gesichtspunkten! Der »rote Gerhard« hat bei den Jungsozialisten auch mal so angefangen; und aus dem Mann ist schließlich was geworden – oder?■

Existenzgeldforderung und landläufige Vorstellungen

oder:

Warum schreiben sich Linke die kapitalistische Reproduktion auf ihre Fahnen?

Praktische Orientierungen haben immer etwas mit der Art und Weise zu tun, wie über Gesellschaft nachgedacht wird. Der aktuelle Streit über Kampagnen für ein Existenzgeld läßt sich nicht verstehen, ohne den dahinterliegenden Gesellschaftsvorstellungen auf den Grund zu gehen.

Es gibt zwei grundsätzlich verschiedene Ansätze und Methoden, über Gesellschaft nachzudenken: die eine stellt sich die Gesellschaft als die Summe vieler Individuen vor, die zueinander in Beziehung treten, miteinander kommunizieren usw.. Ausgangspunkt ist bei dieser Betrachtungsweise das vereinzelte Individuum. Die Beziehungen, Gruppen, Schichten, Klassen usw. werden erst durch das Aufeinandereinwirken und das Sich-Zusammenfinden der einzelnen Individuen hergestellt. Diese theoretische Betrachtungsweise entspricht dem Ideal der individuellen Selbständigkeit, an dem sich die Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft orientieren. Jede und jeder möchte seine eigenen Gedanken haben, seine eigene Einzigartigkeit herausfinden, das tun, was sie oder er selber »wirklich will« usw.. Seit Mitte der 80er Jahre hat sich dieses Denken nach dem Scheitern neuer Formen des Zusammenlebens wieder verstärkt durchgesetzt. Erstmals aufgekommen war diese Vorstellung vom autonomen Einzelindividuum in der Aufklärung, als danach gefragt wurde, wie die vereinzelten und isolierten Menschen überhaupt dazu kommen, sich zu einer Gesellschaft und einem Staat zusammenzuschließen. Da diese Denker von der Atomisierung als Naturzustand ausgingen, konstruierten sie einen »Vertrag« zwischen den Individuen, durch den sie Gesellschaft und Staat konstituieren, ohne dabei auf ihre individuelle Freiheit und Autonomie verzichten zu müssen (z.B. Rousseau oder Hobbes).

Die andere Herangehensweise stellt in Rechnung, daß der Mensch nicht von Natur aus ein vereinzeltes Wesen ist, sondern daß die Atomisierung Merkmal einer besonderen, historischen Form von Gesellschaft ist. Er steht immer schon im gesellschaftlichen Zusammenhang – der ihm aber unter den historischen Bedingungen der Vereinzelung als eine ihm äußerliche »Struk-

tur« erscheinen muß.[1] Die zweite Herangehensweise geht von vornherein vom Zusammenhang der Menschen miteinander aus – statt ihn sich als etwas von den einzelnen Menschen erst nachträglich hergestelltes zu denken (dies wurde als der Standpunkt der »Totalität« bezeichnet, d.h. Gesellschaft kann nur als eine in sich widersprüchliche Einheit gedacht werden).

Der Gegensatz zwischen den beiden Herangehensweisen steckt hinter der gesamten Debatte um Grundsicherung und Sozialstaat. Vom methodischen Standpunkt des Individualismus aus ist die Forderung nach einem Mindesteinkommen sowohl taktisch wie inhaltlich schlüssig: die Forderung soll eine Masse vereinzelter Individuen zusammenzuführen, die bisher in keinem Zusammenhang untereinander standen, und mit ihrer Durchsetzung wird die Grundlage für die Autonomie der Individuen geschaffen. Der dahinterliegende methodische Standpunkt immunisiert gegen Kritik, denn vom vereinzelten Individuum ausgehend gibt es keine historischen Tendenzen, Entwicklungsrichtungen, Klassenbeziehungen, strukturell begründete Konfliktlinien, sondern nur die freie Tat der Menschen. Wenn sie sich auf einer Konferenz über eine Forderung verständigen, so hängt es allein von ihnen ab, was sie aus der »Ambivalenz« der Forderung machen.

Die Reproduktion ist ambivalent, weil sie verkehrt erscheint

Vom Standpunkt der gesellschaftlichen Totalität, des Gesamtzusammenhangs der gesellschaftlichen Reproduktion aus gibt es aber diese Ambivalenz nicht mehr. Die Forderung zeigt sich dann in eindeutiger Weise als Teil der aktuellen Veränderungen in der kapitalistischen Reproduktion der Individuen – und nicht deren Überwindung.

Vom einzelnen Individuum aus betrachtet ist das Einkommen – ob Lohn oder Sozialleistung – das Mittel für den eigenen Konsum und Genuß. Es benutzt es für sich und nicht für jemand anderen. Vom gesellschaftlichen Standpunkt aus betrachtet ist der individuelle Konsum hingegen Mittel der Reproduktion der Gesellschaft, die aus den Individuen besteht. Es versteht sich von selbst, daß dies nur dann ein Widerspruch ist, wenn Individuum und Gesellschaft auseinanderfallen und in einen Gegensatz zueinander treten. Denn das Individuum ist Gesellschaft, ist nichts anderes als das »Ensemble

[1] Der Strukturalismus ist keine Kritik des methodischen Individualismus, sondern nur seine Kehrseite. So wie der Individualismus von der Vereinzelung als einem Naturzustand ausgeht, so hält der Strukturalismus die Verdinglichung der vorgegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse zu Strukturen für eine überhistorische Tatsache.

der gesellschaftlichen Verhältnisse«, und die Gesellschaft ist keine eigenständige »Struktur« und kein selbständiges »Subjekt«, sondern wird durch die Beziehungen der Individuen konstituiert. Es ist ein spezifisches Merkmal der kapitalistischen Gesellschaft, daß »die Gesellschaft« den Individuen als feindliche und fremde Macht gegenübertritt. Sie geraten andauernd in Lebensumstände und Verhältnisse, denen sie sich gegen ihren Willen anpassen und unterwerfen müssen. Vom Standpunkt der kapitalistischen Gesellschaft wird die Tätigkeit des Individuum zum bloßen Mittel für die Reproduktion »der Gesellschaft«, d.h. des Kapitals.

Reproduktion als Arbeitskraft ist kapitalistische Reproduktion

Das Individuum reproduziert in seinem Konsum sich selber als Arbeitskraft für das Kapital – ob sie nun gerade genutzt wird oder nicht. Als prinzipiell verfügbare Arbeitskraft reproduziert sich das Individuum in seinem Konsum nur, wenn dabei zweierlei passiert: wenn es sich erstens als lebendiges menschliches Wesen erhält, statt zu verhungern oder krank zu werden, und wenn es zweitens durch den Konsum immer wieder den Zustand seiner Eigentumslosigkeit herstellt, d.h. sein gesamtes Einkommen verkonsumiert – statt sich davon Fabriken, Maschinen und Arbeitskraft zu kaufen, um selber zum Ausbeuter zu werden – oder, und dies wäre der kommunistische Ausweg, im seinem Konsum zugleich das Problem der gesellschaftlichen Produktion in einer Weise löst, daß es sich anschließend nicht wieder auf die ihm fremden Produktionsbedingungen als Kapital beziehen muß.
Solange diese beiden Bedingungen erfüllt sind, handelt es sich um kapitalistische Reproduktion. Durch den Konsum hindurch wird nicht nur das körperliche und geistige Weiterleben des Individuums gesichert, sondern zugleich seine Einordnung in das Klassenverhältnis, d.h. seine Bestimmung, Arbeitskraft für etwas Anderes, Fremdes, eben das Kapital zu sein. Dieser Charakter der kapitalistischen Reproduktion ist unabhängig davon, wie im einzelnen die Arbeitskraft der Menschen vom Kapital im Produktionsprozeß genutzt wird – ob von allen gleichzeitig, oder abwechselnd oder nur von einem Teil der Individuen. Entscheidend ist, daß sie *als Arbeitskraft* reproduziert werden, als Eigentumslose. Der kapitalistische Charakter wird auch nicht dadurch in Frage gestellt, daß es Einzelnen gelingen kann, sich auf die andere Seite zu schlagen und durch Überarbeitung und Enthaltsamkeit selber zum Ausbeuter zu werden. Was reproduziert wird, ist kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis – ein Klassenverhältnis.

Würden wir im Denken oder im Handeln vom Konsum und der Reproduktion des Individuums in der Gesellschaft ausgehen, so würden uns alle Verhältnisse genauso verkehrt und falsch erscheinen, wie es in der kapitalistischen Gesellschaft ständig passiert. Und in unseren Aktionen würden wir nur immer wieder das Klassenverhältnis reproduzieren, von dem wir ausgegangen sind, indem wir das Individuum in seiner Eigentumslosigkeit unhinterfragt zum Ausgangspunkt genommen haben. Während das Individuum meint, sich im eigenen Konsum selber zu reproduzieren, so reproduziert es da hindurch in Wirklichkeit und im Wesentlichen sich als Arbeitskraft, also das gesellschaftliche Klassenverhältnis. Während die theoretischen Begründungen für ein Existenzgeld immer schon vom Standpunkt der individuellen Reproduktion ausgehen, müssen wir für eine revolutionäre Theorie, d.h. eine Theorie des entfremdeten und verrückten Charakters dieser Gesellschaft, von vornherein vom Klassenverhältnis und dessen Reproduktion durch den Sozialstaat hindurch ausgehen.

Bedürftigkeit oder gesellschaftlicher Reichtum?

Das ist der methodische Knackpunkt und die ganze Schwierigkeit bei der Diskussion um das Existenzgeld. Gruppen wie »Blauer Montag« oder »Fels / Arranca« fallen bei der Betrachtung des Einkommens wie automatisch auf den individuellen Ausgangspunkt zurück, selbst wenn sie sich anderes vorgenommen hatten. Sie wollen zwar auf Klassenkampf hinaus, aber sie gehen nicht vom Klassenverhältnis als einer gesellschaftlichen Totalität aus, sondern von vereinzelten Individuen, die erst durch die Forderung und Aktion zusammengebracht werden müssen. Das Fehlen berauschender Kämpfe und das soziologische Gelabere über Prekarisierung und Segmentierung läßt sie vergessen, daß der Ausgangspunkt im Kapitalismus immer schon das gesellschaftliche Klassenverhältnis ist. Stattdessen stellen sie sich eine Mobilisierung über den individuellen Bezug des Individuums auf seine eigene Bedürftigkeit vor. In ihren Formulierungen wird das Einkommen der Proletarier, das nur das Medium der Reproduktion des Klassenverhältnisses ist, zur »Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum« oder zur »Partizipation am gesellschaftlichen Prozeß«. In dieser Betrachtungsweise steht das Individuum der Gesellschaft gegenüber und tritt über sein individuellen Einkommen in Kontakt zu ihr.

Diese Vereinzelung im Einkommen ist eine gesellschaftliche Qualität und beruht auf der bestimmten Form des gesellschaftlichen Zusammenhangs von Produktion und Reproduktion, der immer schon vorausgesetzt ist. Der Reich-

tum ist ihr eigener Reichtum, der ihres eigenen Zusammenhangs. Es geht nicht darum, sie daran »teilhaben« zu lassen, sondern die permanente Enteignung aufzuheben, die alle Proletarier – ob sie nun arbeiten, Rente beziehen, arbeitslos sind oder zur Schule gehen – von ihrem eigenen Reichtum trennt.

Gehen wir von der Trennung und der Getrenntheit statt von der Einheit oder Totalität (in ihrer verrückten Form) aus, wie es die gesamte moderne Soziologie und Wissenschaft tut, dann landen wir zwangsläufig bei *moderaten Umverteilungsideen*, die die verrückte Form nicht angreifen, sondern aufrechterhalten. Statt den Vorgang der Trennung zu untersuchen und zu kritisieren, d.h. die Produktion des Reichtums als Kapital, woraus sich die Formen des individuellen Einkommens ergeben, wird vom Einkommen ausgegangen, als ob es eine eigenständige, willkürlich zu bestimmende Form sei. Über das Einkommen soll dann eine bessere oder »gerechtere« Beziehung zu dem Reichtum hergestellt werden, dessen abgetrennte Form damit akzeptiert wird. Dabei wird das Einkommen zu einer scheinbar reinen Innenbeziehung des Individuums auf sich selbst, wenn von »Bedürfnisbefriedigung« oder »lebenswertem Leben« (LiRa) als seinem Maßstab gesprochen wird. Jedes Verwaltungsgericht, das über den Regelbedarf der Sozialhilfe entscheidet, hat mehr Ahnung von der Totalität des gesellschaftlichen Individuums, weil es seinen Bedarf an den Lebensgewohnheiten der Vergleichsgruppe der »Personen mit niedrigem Einkommen« mißt, also an Dimensionen des gesellschaftlichen Reichtums – natürlich in den Formen und Grenzen der Klassengesellschaft.

Der Reichtum ist die Produktion der Bedürfnisse

Im Einkommen erscheint das Bedürfnis als der vorausgesetzte Maßstab – im wirklichen historischen Prozeß der Selbst-Produktion des gesellschaftlichen Lebens erzeugen die Proletarier als Produzenten ihre Bedürfnisse immer neu und vervielfältigen sie. Der Maßstab ist nie ein gegebenes Bedürfnis oder eine vorgefundene Vorstellung von »lebenswert«, sondern ihre eigene Macht der Produktion. In Bezug auf diese ist das proletarische Einkommen im Kapitalismus immer eine Vermittlung der Ausbeutung. Im Begriff der »Teilhabe«, der aus der katholischen Soziallehre und dem bürgerlichen Grübeln über die beängstigende »soziale Frage« stammt, wird das Verhältnis der Ausbeutung begrifflich ins Gegenteil verkehrt. »Teilhabe« ist der ideologische Schein, mit dem die Ausbeutung verschleiert werden soll. Damit läßt sich nicht gegen den

Kapitalismus kämpfen, sondern nur zu seiner ideologischen Festigung beitra gen.

Existenzgeld – darüber läßt der Staat mit sich reden

Auch wenn viel über die »Ambivalenz« der Forderung und die »Offenheit« des weiteren Prozesses geredet wird, ist es kein Zufall, daß gerade die Forderung nach 1500 Mark rauskommt (und nicht z.B. die ähnlich interessante Forderung der APPD nach 1 Million Überziehungskredit auf allen Girokonten). Der Betrag liegt deutlich über dem vom Gesundheitsministerium errechneten Bedarfsniveau der Sozialhilfe für einen Alleinstehendenhaushalt von 1.126 Mark[2] oder der durchschnittlichen Arbeitslosenhilfe von 1.073 Mark und leicht über dem durchschnittlichen Arbeitslosengeld von 1.424 Mark[3]. Gleichzeitig bleibt er deutlich unter dem durchschnittlichen verfügbaren Einkommen eines Einpersonen-Arbeiterhaushalts von etwa 2.500 Mark[4]. Der Betrag ist also keineswegs aus der Luft gegriffen, er fügt sich brav in die Logik des Lohnabstandsgebots ein, wie es im Bundessozialhilfegesetzes rechtlich vorgeschrieben ist. Sozialleistungen sollen stets so knapp bemessen sein, daß selbst die Aufnahme einer miesen Arbeit noch zu einer Steigerung des Einkommens führt.

Um radikal zu bleiben, wird die Forderung ergänzt: »plus Miete« (was auch noch unter dem Durchschnittseinkommen des Single-Haushalts liegt); »plus Krankenversicherung«, »plus Mehrbedarfszuschläge bei Behinderung oder Krankheit«, und, und, und ... Da wären wir schnell bei einer Diskussion um das gesamte System sozialstaatlicher Sicherung – aber gerade darauf wollen sich die Gruppen mit gesellschaftsveränderndem Anspruch nicht

[2] Stand 01.01.1997, nach: NRW, Landessozialbericht, Band 7, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerhaushalte mit Niedrigeinkommen, Bergheim 1998, S. 294.

[3] Stand 1995; ebd. S. 72.

[4] Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Verfügbares Einkommen, Zahl der Haushalte und Haushaltsmitglieder nach Haushaltsgruppen, Oktober 1998. Es liegt z.B. auch noch unter dem verfügbaren Einkommen von alleinstehenden weiblichen Arbeiterinnen im produzierenden Gewerbe von NRW von 2.244 Mark. Nach: NRW, a.a.O., S. 313, und leicht unter dem durchschnittlich zu erwartenden Nettolohn einer Hilfe-zur-Arbeit-Stelle für unqualifizierte Arbeiten von ca. 1.600-1.700 Mark.

einlassen.[5] Schließlich wollen sie sich nicht an der Diskussion um den Umbau des Sozialstaats beteiligen. Was bleibt dann aber? Die Attraktivität eines Geldbetrags, der in etwa dem entspricht, was schon bisher durch Kombinationen von Sozi, Arbeitslosenunterstützung, BAFöG und Schwarzarbeit rauskam – nur ohne den Streß auf Ämtern und ohne nervige Gelegenheitsjobs. Anders gesagt: die Plausibilität der Forderung speist sich aus den Verhaltensweisen einer bestimmten Schicht, die den Sozialstaat eigentlich ganz gut für sich benutzen kann, ihn eigentlich für eine feine Sache hält, wenn da nur nicht diese lästigen Ämter wären. Es ist der Versuch, das eigene individuelle Umgehen mit dem Sozialstaat politisch in einer Forderung auszudrücken. Und ganz »zufällig« kommt die Forderung den Grundsicherungsmodellen von staatlicher Seite sehr nahe, wodurch sie »bündnisfähig« und »politikrelevant« werden kann.[6]

Das Existenzgeld im Rahmen der Gesamtreproduktion

Noch deutlicher wird die Einordnung des geforderten Existenzgeldes in den Gesamtzusammenhang der Reproduktion des Klassenverhältnisses und damit seine objektive Erbärmlichkeit, wenn wir uns die Aufteilung des Gesamteinkommens anschauen. Dabei wird dann auch deutlich, daß ein Existenzgeld nicht schon deswegen die »Lohnarbeitszentriertheit« des Kapitalismus aufhebt, weil es Einkommen ohne Arbeit ist. Das gehört nämlich zum festen Bestandteil der kapitalistischen Reproduktion.

Zunächst ein paar Vorbemerkungen: Der Konsum der Proletarier, in dem sich die Reproduktion des Klassenverhältnisses vollzieht, hat sich noch nie allein aus dem Lohn der unmittelbar geleisteten Arbeit gespeist. Entweder wurde der Lohn des Einzelkapitalisten durch Formen eigener Reproduktionsarbeit ergänzt (sogenannte Subsistenzarbeit und Semiproletarisierung), oder in dem Maße, wie diese wegfiel, durch einzelkapitalistische, staatliche oder semi-staatliche Ergänzungszahlungen und –leistungen. Die Reproduktion der Arbeiterklasse beruht nicht allein auf Geldleistungen, sondern auch auf Sach- und Dienstleistungen, die z.B. im Krankheitswesen zur Verfügung gestellt

[5] »Dabei interessiert es uns nicht, den 'Wohlfahrtsstaat' von links zu verteidigen und zu überlegen, welche Arbeitszeitverkürzung wie viele Jobs schaffen würde oder welche Grundsicherung wie finanziert werden kann.« (Arranca Nr. 15, Herbst '98)

[6] In der Beilage zur Konferenz wird sie daher auch als »Leitfaden zwischen Realisierungsproblemen einerseits und utopischen Ansprüchen andererseits« charakterisiert!

werden. Aufgrund der allgemeinen kapitalistischen Verfaßtheit werden sie heute zwar in Geld ausgedrückt, aber sie gehören nicht zu dem Geldeinkommen, über das die Proletarier frei entscheiden können (ich kann mir nicht statt eines Arztbesuchs eine Flasche Schnaps kaufen, oder statt den Lehrer zu bezahlen mit den Kindern ans Meer fahren). Ein großer Teil ihres Einkommens bzw. Konsums ist ihnen damit vorgegeben, wird vom Staat und seinen Bediensteten kontrolliert, damit es zweckmäßig für die Reproduktion des Klassenverhältnisse verwendet wird. Auf der anderen Seite steht der in den Statistiken ausgewiesene Brutto-Geldlohn den Proletariern aufgrund der Abzüge nicht vollständig als Einkommen zu Verfügung. Und drittens leben die Proletarier nicht alle als Einzelindividuen, d.h. die Frage ist immer auch, wie viele Menschen aus dem verfügbaren Einkommen reproduziert werden müssen. Um einen groben Eindruck von den Verhältnissen der kapitalistischen Reproduktion zu gewinnen, gehen wir daher von der statistisch erfaßten Verteilung der Einkommen nach Haushalten aus.

1996 zählten die Statistiker in der BRD 82 Mio. Menschen, die in 37 Mio. *Haushalten* lebten – darunter 13 Mio. Einpersonen-, 12 Mio. Zweipersonen-, 6 Mio. Dreipersonenhaushalte und 6 Mio. Haushalte mit vier und mehr Personen. Diese 37 Mio. Haushalte teilen sich entsprechend der *Haupteinnahmequelle* wie folgt auf: 2,4 Mio. Selbständige, *17 Mio. Erwerbstätige* (1,7 Mio. Beamte, 8,2 Mio. Angestellte, 7,5 Mio. Arbeiter) und *17 Mio. Nichterwerbstätige* (1,8 Mio. Arbeitslosengeld/-hilfe, 12,3 Mio. Rente und Pensionen, 1 Mio. Sozialhilfe und 1,9 Mio. sonstige Quellen).[7]

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß der Kapitalismus einen großen Anteil von *Nichtarbeit* finanziert, wobei nicht Arbeitslosigkeit sondern die Nichtarbeit im Alter den bei weitem größten Teil ausmacht. In dem hochtrabenden Anspruch, mit einem Existenzgeld gegen die »Lohnarbeitszentriertheit der Gesellschaft« vorzugehen, werden diese realen Dimensionen völlig übersehen. Dasselbe zeigt auch ein Blick in die Gesamtausgaben des Sozialstaats: vom *Sozialbudget* der BRD, das etwa ein Drittel des Bruttosozialprodukts ausmacht, entfallen 30 Prozent auf die Rentenversicherung, 20 Prozent auf die Krankenversicherung, 11 Prozent auf die Arbeitslosenversicherung und nur 4 Prozent auf die Sozialhilfe – die gesamten Sozialhilfeausgaben sind damit gerade so hoch, wie die Ausgaben der Unternehmer für die Bezahlung von Nichtarbeit im Krankheitsfall (Lohnfortzahlung)!

Ein anderes Rechenbeispiel kann die Dimensionen der gesellschaftlichen Arbeits- und Nichtarbeitszeit verdeutlichen: Bei der aktuellen Beteiligung am »Erwerbsleben« würden mit einer beim Wort genommenen »Rente mit 60«

[7] Nach: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Verfügbares Einkommen, Zahl der Haushalte und Haushaltsmitglieder nach Haushaltsgruppen, Arbeitsunterlage 1998.

(was die Gewerkschaften nicht ernsthaft vorschlagen!) auf einen Schlag 800 000 Menschen von der Qual der Erwerbsarbeit befreit. Entsprechendes gilt für die Frage der Ausbildungszeiten. Hätten alle Menschen einen Anspruch darauf, bis 30 zu studieren und diese Zeit ohne den Zwang zu Jobberei als Phase »lebensgeschichtlicher Reflexion« zu nutzen, so würden den Kapitalisten weitere 2 Mio. Arbeitskräfte fehlen. Die Erwerbsquote der 15-20jährigen ist in den letzten zehn Jahren in Westdeutschland von 47 auf 34 Prozent zurückgegangen – ohne daß damit die »Lohnarbeitszentriertheit der Gesellschaft« in Frage gestellt worden wäre.

Alle Zahlungen für Nichtarbeit sind umkämpft und werden gerade zur Zeit an vielen Punkten angegriffen. Aber Geld für Nichtarbeit ist nicht schon als solches »antikapitalistisch«, sondern auch ein Moment der kapitalistischen Reproduktion der Arbeitskraft: die arbeitsfreie Jugendzeit soll eine Qualifizierung für die Lohnarbeit ermöglichen; Krankheitstage werden bezahlt, um die Arbeitskraft für die hochintensive Ausbeutung fit zu halten; das gesicherte Ruhegeld ist die »Durchhalteprämie« für ein aufopferungsvolles Arbeitsleben. Solange die bezahlte Nichtarbeit der kapitalistischen Verwertung dient, wird sie nicht in Frage gestellt. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung hat immer wieder betont, daß Einrichtungen wie das »Gesundheitswesen« nicht einfach »zu teuer« geworden sind, sondern daß das Preis-Leistungs-Verhältnis für den Kapitalprofit nicht mehr stimmt. Die Ausgaben für den Sozialstaat werden dysfunktional, weil sie zu keiner Steigerung der Mehrwertmasse führen.[8] Aus diesem Grund wird heute von den Herrschenden über Modelle der Grundsicherung nachgedacht.

Für die linken Verfechter ist das Existenzgeld eine Art Zauberformel, die all diese umkämpften Einkommensformen in einer einfachen Forderung des Individuums an den Staat zusammenfassen und damit die Menschen zu gemeinsamen Kämpfen führen soll. In Wirklichkeit ist es aber zugeschnitten auf eine ganz bestimmte Schicht und von deren Verhaltensweisen abgeleitet; es ignoriert die tatsächlichen Einkommensverhältnisse, die auf dem Klassenverhältnis beruhen und nur von da aus radikalisiert werden können. Bestenfalls wird es dem Universum der Konflikte um das proletarische Einkommen gegenüber bedeutungslos bleiben, schlimmstenfalls wird es zur Legitimation eines profitorientierten Umbaus des Sozialstaats beitragen.

[8] Im Ausdruck »sozialverträgliches Frühableben« ist dieses Problem der Herrschenden so offen und zynisch ausgesprochen worden, wie es sich vom Standpunkt des Kapitals aus tatsächlich stellt. Weil dies der Legitimation der herrschenden Verhältnisse aber nicht gut tut, wurde der Ausdruck zum »Unwort des Jahres« gekürt.

Das wird klar, wenn wir die Einkommenshöhe der Haushalte betrachten. Angesichts der aktuellen Einkommen wären 1500 Mark (ob mit oder ohne Miete) Grundsicherung kein Beinbruch für die kapitalistische Reproduktion der Arbeitskraft. Für die Masse der Proletarier bewegt sich dieser Betrag auf dem beschissenen Level, auf dem sie schon heute stehen und dem sie jeden Tag in ihren Träumen zu entfliehen versuchen.

Das verfügbare monatliche Einkommen der Haushalte verteilt sich (als Einkommen pro Haushaltsmitglied! und ohne nichtentnommene Unternehmergewinne) wie folgt:[9] Selbständige 5.200 Mark, Beamte 2.600, Angestellte 2.400, Arbeiter 1.660, Arbeitslosengeld/hilfe 1.300, Rente 2.200 (Pension 3.500) und Sozialhilfe 1.000 Mark.

Das alles zusammengenommen – also sowohl den Konsum der Kapitalisten wie den der Proletarier – bleiben vom gesamten gesellschaftlichen Produkt 20 Prozent übrig, die wieder als Investitionen in die kapitalistische Produktion einfließen. Für die Kapitalisten ist das schmerzlich wenig im Vergleich zu Raten von über 25 Prozent in den 50er und 60er Jahren und ein wesentliches Faktum der kapitalistischen Krise. Aber es ist immer noch Ausdruck des kapitalistischen Charakters der Reproduktion, daß sich durch den Konsum hindurch die Klassenverhältnisse reproduzieren. Eine Grundsicherung von 1.500, 2.000 oder 2.500 Mark monatlich würde daran nichts ändern. Im Gegenteil, gerade der gesellschaftskritische Gestus, mit dem diese Forderung vorgetragen wird, trägt dazu bei, den Gesamtzusammenhang der beständigen Reproduktion des Kapitals zu verbergen.

Politikfähigkeit oder Emanzipation?

Diese groben Zahlen machen klar, warum 1.500 Mark als Forderung für das Mitmischen im politischen Geschäft so geeignet sind. Der Betrag bewegt sich in den Dimensionen, die das Sozialbudget und die gesamte Reproduktion der Arbeiterklasse schon heute haben. Und als Vorschlag für eine Veränderung am Sozialstaat kann die Forderung in den aktuellen Diskussionen um die im kapitalistischen Interesse erforderliche Anpassung des jetzigen Transfersystems an die geänderten Klassenverhältnisse genutzt werden. Würde man z.B. das Durchschnittseinkommen der 11 Mio. Rentnerhaushalte von 2.200 Mark im Zuge einer Umstellung auf Grundsicherung auf 1.500 Mark absenken, dann wäre selbst eine Aufstockung der 2,8 Mio. Arbeitslosen- und Sozialhilfehaushalte auf 1.500 Mark pro Person ein Bombenerfolg bei der Kürzung des Sozialbudgets.

[9] Statistisches Bundesamt Wiesbaden, a.a.O.

Solche Rechenbeispiele können wir getrost den kapitalistischen Planern und Sozialexperten überlassen. Sie machen nur klar, daß es auf der Ebene der individuellen Einkommen keine Zauberformel gibt, über die sich die schon heute tobenden verschiedenen Einkommenskonflikte zusammenführen ließen. Denn auf dieser Ebene läßt sich nicht die Macht entwickeln, die in der Widersprüchlichkeit des Klassenverhältnisses begründet ist: die ProletarierInnen sind die ProduzentInnen des Reichtums und vermittelt über das Einkommen werden sie von ihm enteignet. Über diesen zentralen Widerspruch wird heute mit ein paar oberflächlichen Bemerkungen zur neuen Produktionsstruktur hinweggegangen, ohne diese auch nur ansatzweise untersucht zu haben. »Aber wir wissen, daß neue proletarische Bewegungen kaum noch am (prekären und flexibilisierten) Arbeitsplatz entstehen werden. Sie können sich eigentlich nur noch in konkreten politischen Kämpfen konstituieren, wo Solidarität im gemeinsamen Projekt (und nicht wie früher am Arbeitsplatz) erfahren wird.«[10] Dies taugt nur als Begründung dafür, sich selber als Politiker und Partei zu sehen, die die Massen von oben vereinheitlichen und in die Schlacht führen müssen. Wir halten dagegen, daß emanzipative Politik nur von dem ausgehen kann, was die Menschen selber tun, vom Universum ihrer alltäglichen Konflikte. In diesen müssen wir präsent sein und nach den Ansatzpunkten von revolutionärer Macht suchen, statt uns auf die Selbstgefälligkeit von Forderungsplattformen zurückzuziehen. ■

[10] Aufruf zur Konferenz, in: Arranca, Nr. 14, S. 71.

Der Linksreformismus wittert Morgenluft

– Zu einem weiteren Papier der Gruppe »Blauer Montag« –

Seit Karl Heinz Roth 1991 die Debatte über neue »Proletarität« angestoßen hat, gibt es auch unter Linken wieder ein verstärktes Interesse an den realen Klassenverhältnissen im Land. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die Verschärfung der Ausbeutung in den Betrieben lassen die Klassengegensätze deutlicher hervortreten. Diese sinnliche Wahrnehmung des Klassencharakters der Gesellschaft fällt leider zusammen mit einer zunehmenden theoretischen Unklarheit und einem beängstigenden Verzicht auf Kapitalismuskritik. Die Reste der antikapitalistischen Linken sind in zwei Lager gespalten, die sich wechselseitig auf ihre Dummheiten beziehen, statt sie zu überwinden: die radikale Wert- und Arbeitskritik wie von *Krisis* oder *ISF* will vom Klassenkampf nichts wissen, weil er zu sehr an Arbeit und Wert gebunden sei (Lohnkampf, Gewerkschaften usw.) – die am Klassencharakter orientierte Linke wie *Arranca* oder *Blauer Montag* will von der radikalen Arbeitskritik nichts wissen, weil sich damit nicht in Klassenkonflikte eingreifen ließe. Die von den einen vorgetragene Wertkritik ist so dünn und unhistorisch, wie es die von den anderen gepflegten Vorstellungen von Klassenkampf sind. Beide Seiten bestätigen sich damit nur in ihrer wechselseitigen Kritik, statt in der Kritik des Kapitalismus ein Stück weiterzukommen.

Im Rahmen der Diskussion über das Existenzgeld hat die Gruppe »Blauer Montag« ein Papier vorgelegt, das ein weiteres Mal vorführt, wie der Bezug auf die Klassenverhältnisse scheinbar zwangsläufig zu reformistischen Illusionen führt. Statt die mit dem Erstarken der Sozialdemokratie in Europa geweckten Hoffnungen einer staatstragenden Linken zu kritisieren, wird deren Politik durch theoretische Umdeutungen die Absolution erteilt. Mit dem Papier *»Gegen die Hierarchisierung des Elends«*[11] will der »Blaue Montag« die Spaltung in Beschäftigte und Erwerbslose überwinden. Richtig verstanden hätten nämlich die beiden Hauptforderungen Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung den gleichen antikapitalistischen Inhalt. Damit dieses Interpretationskunststück gelingt, muß mit Hilfe von Geschichtsklitterung eine »ursprüngliche« Bedeutung der Forderungen beschworen werden, die sie nie hatten.

[11] Abgedruckt in ak 418/419. Alle folgenden Zitate stammen aus diesem Text.

Existenzgeld: Von der Aneignung zur Teilhabe

Den deutschen Verfechtern des Existenzgelds fehlt ein so genialer Theoretiker wie Toni Negri in Frankreich/Italien, dem der Brückenschlag von den reformistischen Tagesforderungen zur kommunistischen Gesellschaft mit ein paar Marxideen spielend gelingt. Trotzdem ist ihnen klar, daß sie sich nicht einfach den vorfindlichen Forderungen anschließen können. Sie müssen sie »theoretisieren«, ihnen den angeblich ursprünglich *»kritischen Inhalt«* wiedergeben, um sie für politische Menschen interessanter zu machen, als sie sind. Zu diesem Zweck kritisieren sie zunächst etwas umständlich den Begriff der »Prekarisierung« als zu schematische Trennung zwischen gesichert Beschäftigten und prekären/arbeitslosen Proletariern, gehen dann aber doch davon aus, daß die beiden Forderungen jeweils dem einen oder anderen Bereich zuzurechnen sind, daß also mithilfe einer entsprechenden Interpretation der Forderungen eine Brücke zwischen beiden Bereichen zu schlagen ist.

Als gemeinsamen eigentlichen Inhalt zaubern sie dann den *»Kampf gegen die(se) Arbeit«* hervor. Wie sie das machen, ist reine Geschichtsklitterei: der Trick besteht darin, bereits an der reformistischen Verdrehung der Kämpfe aus den siebziger Jahren anzusetzen, um diesen Verdrehungen dann das zu unterschieben, was die Kämpfe selber ausgemacht hatte. Demnach bedeutete die Existenzgeldforderung die Orientierung an der Parole »Wir nehmen uns, was wir brauchen!«. Die Parole stammt aus den 70er Jahren und hieß damals »Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen«. Solange sie sich in Hausbesetzungen, Fabrikkämpfen usw. tatsächlich ausdrückte, stand eine »Existenzgeldforderung« nicht auf der Tagesordnung und wäre als Gegensatz zur Praxis der Aneignung verstanden worden. Es ging nicht um Forderungen an irgendjemanden, sondern um die Selbsttätigkeit der Menschen, um ihre eigene Praxis der Selbstbefreiung durch einen unmittelbaren Bezug auf den vorhandenen Reichtum. Als Anfang der 80er Jahre radikale Gruppen wie das Jobber- und Erwerbslosenzentrum in Hamburg versuchten, in der weitgehend von sozialarbeiterischen Gruppen geprägten »Arbeitslosenbewegung« mitzumischen, wollten sie sich mit der Forderung nach einem Existenzgeld von der gewerkschaftlichen Parole »Arbeit für Alle« abgrenzen. Aber sie hatten sich bereits auf das politische Spiel der Bündniskongresse und Stellvertreterpolitik eingelassen. Der gute Wille, eine Alternative zum kapitalistischen Arbeitszwang aufzuzeigen, konnte sich so nur noch in einer alternativen Forderung an den Staat und einem Vorschlag zum Umbau des Sozialstaats ausdrücken. Ein paar exemplarische Vorzeigeaktionen (kostenloser Zoobesuch usw.) sollten Erinnerungen an militante Bewegung wecken, zielten aber schon mehr auf die Presse als auf die Mobilisierung im Proletariat.

Um die Gegensätzlichkeit von realer Aneignungsbewegung und Existenzgeldforderung runterzuspielen, wirft der »Blaue Montag« nun zwei Begriffe beliebig durcheinander: Aneignung von Reichtum und die christliche Phrase von der »Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum«. Ausgehend vom Gegensatz zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten wird dabei unterstellt, daß die Beschäftigten durch ihre Arbeit am Reichtum »teilhaben«, während die Arbeitslosen, Prekären oder Ausgegrenzten von dieser Teilhabe ausgeschlossen sind (damit wird dann endgültig der blödsinnige Gegensatz von »Arbeitsplatzbesitzern« und »Arbeitslosen« übernommen, den Blüm ins politische Vokabular eingeführt hat). Daher sei beim Existenzgeld *»der Gedanke wesentlich, daß auch ohne den Zwang – oder die Möglichkeit – zur entfremdeten Arbeit eine Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum möglich sein soll«.* Demnach eröffnet Arbeit die Möglichkeit zur Teilhabe am Reichtum. Der »Blaue Montag« reproduziert damit bedauerlicherweise exakt die bürgerliche und gewerkschaftliche Ideologie, die das fundamentale Klassenverhältnis vergessen machen soll, nämlich das Verhältnis der prinzipiellen Armut, der völligen Armut an den Mitteln der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums. Die historischen Notwendigkeiten der Reproduktion des Klassenverhältnisses (z.B. der Besitz eines Autos oder eines Videorekorders, der nix mit der Aneignung von Produktionsmitteln zu tun hat!) werden umgedeutet in »Teilhabe am Reichtum«. Völlig vergessen wird dabei, was Reichtum im Kapitalismus ist: nicht dieser oder jener Gebrauchswert, sondern die ungeheuren Dimensionen der gesellschaftlichen Produktivität. Im Kapitalismus wird diese Produktivität der Kapitalverwertung und Kapitalakkumulation untergeordnet, von der alles weitere, die Verteilung, die stoffliche Gestaltung der Produktion usw. abhängt. An dieser Akkumulation, an der Quelle und dem Zweck der Reichtumsproduktion haben die ProletarierInnen – ob beschäftigt oder unbeschäftigt – nicht »teil«. Sie hängt zwar einzig und allein von ihrer Arbeit ab, aber in der Arbeit gehören sie sich nicht selbst, sondern dem Kapital. Da, wo sie den Reichtum produzieren, erleben sie ihn als etwas Feindliches und sich selber als pure Mittel für einen anderen Zweck.

Exkurs zur Methode der Gedankenlosigkeit

Mit seiner Wiedergabe von bürgerlicher Ideologie fällt sich der Blaue Montag selbst in den Rücken. An anderer Stelle und im Titel des Textes will er der »Hierarchisierung des Elends« entgegentreten: *»Verstärkt werden diese Fronten im Massenbewußtsein durch eine Hierarchisierung des Elends, worin leider Linke die größten Meister sind. Argumentationsmuster wie ›Euch geht's*

ja noch gut, ihr profitiert vom Elend der Armen und Entrechteten‹ reproduzieren bei den fest Beschäftigten nur das Bewußtsein vom Glück und Privileg: ›Warum soll ich noch kämpfen, wenn es anderen doch noch viel schlechter geht?‹« Mit der Identifizierung des Lohns als »Teilhabe am Reichtum« tut der »Blaue Montag« genau das, was er den Linken vorwirft. Statt den Lohn als das bloßzustellen, was er ist, nämlich die Verkehrung der Aneignung fremder Arbeit durch das Kapital in einen gerechten Tausch zwischen Individuen, wird er indirekt zur »Teilhabe am Reichtum« durch Arbeit stilisiert. Das ist katholische Soziallehre pur! Plausibel wird diese Auffassung durch die dem bürgerlichen Bewußtsein ebenso geläufige Einschätzung, der Sozialstaat sei Ausdruck und Ergebnis eines »Deals« gewesen, als hätten sich zwei gleichberechtigte Partner auf die gemeinsame Aufteilung des Produkts und »wechselseitige Garantien« geeinigt.

Das alles wirkt in dem Text so interessant, weil er in gedankenloser Beliebigkeit zwischen kapitalismuskritischen Einsprengseln und reformistischer Naivität hin- und herspringt. Zum Beispiel so: *»Nun wird niemand etwas gegen eine Verbesserung der gesetzlichen Regelungen haben, - es ist ja nicht alles reformistisches Teufelswerk, was das Leben besser macht.«* Dann war doch der ganze Sozialstaat eigentlich eine feine Sache und nicht ausgemachtes »Teufelswerk«! Wozu also ihre eigenen Einwände, der Sozialstaat bedeute auch *»ein erhebliches Ausmaß an Regulierung und Kontrolle der Arbeitskraft«*? Oder: *»So wunderbar es ist, daß wieder in vielen Städten Menschen auf die Straße gehen, um gegen die Erwerbslosigkeit und die damit verbundene Ausgrenzung zu protestieren, ...«* Was ist denn an der Scheiße wunderbar, bei der sich ein paar Sozialarbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre als Sachwalter des Elends andienen und in dessen Namen nach mehr Arbeit schreien? Steckt darin etwa nicht der *»militante Produktivismus«*, von dem sie sich an anderer Stelle entschieden abgrenzen? Die Initiatoren der Arbeitslosenproteste lassen keinen Zweifel daran, wie sie es mit der Arbeit halten; Angelika Beier von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen in Bielfeld zur FAZ: »Derzeit fehlten etwa 7 bis 8 Millionen Stellen. Daher sei es auch nicht legitim, durch eine Absenkung der finanziellen Unterstützung Druck auf die Arbeitslosen auszuüben. ›Das kann man nur machen, wenn genügend reguläre Arbeit zur Verfügung steht.‹« (FAZ v. 12.9.98) Wir können uns ausmalen, was wir von solchen Leuten zu erwarten haben – »regulär« ist ein recht dehnbarer Begriff!

Das gedankenlose Hin- und Herspringen zwischen Kapitalismuskritik und Verbesserungsvorschlägen macht nur einen Sinn: wie schaffe ich es, trotz eines gewissen Balasts an kapitalismuskritischen Theoriebeständen in meinem Hirn zum Propagandisten reformistischer Politik zu werden. Vielleicht

ist es das, was solche Texte für Linke interessant macht: er spricht ihre eigenen Transformationsprobleme beim Übergang zur Realpolitik an!

Die Illusion der Arbeitszeitverkürzung

Ähnlich wie beim Existenzgeld wird auch der Arbeitszeitverkürzung ein Inhalt angedichtet, den sie in der gewerkschaftlichen Politik nie hatte. *»Die ursprüngliche gewerkschaftliche Forderung entstand zu einer Zeit, als der Einfluß auf die Gestaltung der Arbeit – jedenfalls in den Debatten – noch eine wesentliche Rolle spielte. ... Tatsächlich ist es in den letzten Jahren zwar gelungen, Arbeitszeitverkürzung tarifpolitisch zu vereinbaren. Die Einflußnahme auf die Gestaltung und Organisation der Arbeit hat jedoch eher abals zugenommen...«* Auch hier geraten die Motive und Ziele von Bewegungen erst dann in den Blick, als diese Bewegungen schon längst vom Reformismus kooptiert und umgedreht worden sind. Die Ende der 70er Jahre einsetzende innergewerkschaftliche Debatte um Arbeitszeitverkürzung ist nur eine ideologische Verdrehung und forderungsmäßige Eindämmung des realen Widerstands gegen die Arbeit, der sich in den 70er Jahren zugespitzt hatte. Ein paar gewerkschaftliche Ideologen versuchten mit der Debatte um Arbeitszeitverkürzung an die sozialdemokratische Strategie der »Humanisierung der Arbeitswelt« anzuknüpfen, die schon damals nichts anderes war, als eine Reaktion auf die akuten Probleme, Arbeitskräfte dauerhaft für die verhaßten Fabriken rekrutieren zu können. Die gewerkschaftliche Linke, die dem »Jahrhundertkampf« um die 35-Stunden-Woche erst den richtigen Pepp gab, machte sich damit zum Steigbügelhalter für die im Leber-Kompromiß von 1984 festgelegte Richtung einer Kombination von individueller tariflicher Arbeitzeitverkürzung und betrieblicher Arbeitsintensivierung und -flexiblisierung.

Benebelt von der gewerkschaftlichen Propaganda um die Arbeitszeitverkürzung in den 80er Jahren sitzt auch der »Blaue Montag« der Illusion auf, diese Jahre hätten einen besonderen Fortschritt bei der Arbeitszeitverkürzung gebracht. Historisch stimmt das nicht. Nach Zahlen betrachtet waren nicht etwa die 80er und 90er, sondern die 60er und 70er Jahre die Phasen der deutlichsten Arbeitszeitverkürzungen: während in den beiden Jahrzehnten 1960-70 und 1970-80 das Jahresarbeitszeitvolumen pro Beschäftigten um jeweils 10 Prozent sank, waren es 1980-90 nur noch 8 Prozent und 1990-1995 nur 3 Prozent (wobei noch nicht der Effekt der gerade in diesen Jahren angestiegenen Teilzeitquote herausgerechnet ist!). Von einer »neuen« Politik oder Phase der Arbeitszeitverkürzung zu sprechen, ist daher nur gewerk-

schaftliche Ideologie. Möglicherweise werden wir diese Phase im Nachhinein sogar als die entscheidende Umkehr der langfristigen Tendenz zur Verkürzung der individuellen Arbeitszeit begreifen müssen und darin ihren »Sinn« ausmachen.

Zwänge der Realpolitik

Das Ziel der ganzen geschichtsklitternden Uminterpretationen der beiden real existierenden Forderungen besteht darin, sie auf einen gemeinsamen Inhalt zurückzuführen, der eine Brücke zwischen den beiden institutionellen Trägern möglicher sozialer Bewegungen – Gewerkschaften und Erwerbslosengruppen – schlagen soll. Realpolitisch möchte der »Blaue Montag« an den beiden Forderungen festhalten können und gerade dafür stellt er ihrer schlechten Realität einen idealen Inhalt gegenüber, relativiert ihre Bedeutung als Forderung von Stellvertretern und führt einen Eiertanz zwischen »außerparlamentarischer Bewegung« und Einflußnahme auf staatliche Sozialpolitik auf: *»Keine Forderung wird und kann den gesamten Anspruch auf Aneignung gesellschaftlichen Reichtums transportieren.«* Und dann der Eiertanz: *»Der Rückzug des Staates aus der Sicherung der Sozialeinkommen, der neue militante Produktivismus mit immer massiveren Elementen von Ausgrenzung und workfare verschlechtert die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen ganz erheblich. Dagegen gab und gibt es Widerstand. Der kann sich auf bloße Forderungen an den Staat zur Aufrechterhaltung des Status Quo beziehen. Er kann aber auch Ansprüche entwickeln, die weit über den Anteil des Kuchens hinausgehen, der uns heute zugestanden wird.«* Wenn wir uns erstmal so weit auf das Terrain des Staates und der Politik eingelassen haben, dann bleibt wirklich nicht mehr viel übrig, als ein bißchen mehr Kuchen zu verlangen. Das wirkt ganz radikal gegenüber denjenigen, die nur das bisherige Tortenstück verteidigen – aber es stellt nicht mehr infrage, was in dieser Bäckerei eigentlich los ist. ■

Liebe Leute,
wir sind eine kleine anarcho-syndikalistische Gruppe in Moskau (Interprofessionale Arbeiter-Union, russisch MPST), die Moskauer Sektion der KRAS-IAA ist... Inzwischen versuchen wir, mehr aktiv Kontakte mit den autonomen und selbstorganisierten Arbeiter-Gruppen in Rußland herzustellen, um zusammen mit ihnen eine neue, wirklich autonome proletarische Klassenbewegung zu entwickeln.
Wir haben auch Interesse an Kontakten mit den Leuten aus der rätekommunistischen und operaistischen Tradition im Ausland. Sehr interessant sind für uns operaistische Analysen des modernen Kapitalismus, der Arbeitsverhältnisse und der Arbeitskämpfe in der heutigen Welt.
Unsererseits schlagen wir einen regelmäßigen Austausch von Materialien und Analysen vor. Diesmal schicken wir eine Information über die Arbeiterbewegung in Rußland.

Der Bankrott der offiziellen »Arbeiterbewegung«

Die ArbeiterInnenkämpfe in Rußland im Sommer und Herbst 1998 bestätigen noch einmal das, was für die revolutionären Analytiker schon lange klar wurde. Weder mit den »alten«, noch mit den »neuen«, aber nicht weniger bürokratischen Gewerkschaften im ehemaligen »Realsoz« können die ArbeiterInnen eine reale Erfüllung ihrer Rechte erreichen. Die rituellen Teufelskreise, immer wieder dieselben, lassen einfach keinen Platz für die Selbsttätigkeit und für die Realisierung der Forderungen der Leute. Wir sprechen hier nicht mal von der sozialen Revolution, sondern von etwas viel Einfacherem und theoretisch Systemkonformerem, wie z.B. der Auszahlung der Lohnschulden.

Daß die arbeitenden Leute im Rußland ihre Löhne monatelang nicht bekommen und praktisch gratis arbeiten, ohne sogar als einfache Sklaven ernährt zu werden, ist wahrscheinlich schon weltbekannt. Seit Anfang des Jahres wuchsen Lohnschulden insgesamt um 60 Prozent: am 1. Oktober beliefen sie sich auf 88,1 Milliarden Rubel (1 DM = 8-9 Rb.). Den ArbeiterInnen, die im staatseigenen »Budgetsektor« arbeiten, schuldet der Arbeitgeber (der Staat) dabei 20,9 Milliarden Rb. (2,7 mal mehr als im Januar). 80 Prozent des Gemüsebedarfs befriedigen die Leute aus ihren Schreber- und Gemüsegärten. Subsistenzwirtschaft also... Im Osten nichts Neues. Viel weniger bekannt ist aber die Rolle der Organisationen, die offiziell eigentlich

die Funktion haben, die Rechte der ArbeiterInnen zu verteidigen, nämlich der Gewerkschaften.

Die rasche Umwandlung des Staatskapitalismus in einen privat-staatlichen, die sich mit der Selbstzerstörung des KPdSU-Regimes vollzog, brachte gewisse Veränderungen in der Gewerkschaftsstruktur mit sich. Aber ein so mächtiges Werkzeug des Ausbeutungssystems sollten die Herrschenden doch weiter behalten. Die »alten« offiziellen Gewerkschaften konnten ihren Besitz wahren. Sie mußten sich einen neuen Namen suchen (»Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Rußlands«, russ. Abkürz. FNPR) und durften keine Betriebsleiter mehr in ihren Reihen haben, aber die alten bürokratischen Strukturen und Arbeitsmethoden blieben unverändert. Es wurde lautstark erklärt, die FNPR stehe total und völlig für eine »soziale Marktwirtschaft«, für die Reformen und für eine »Sozialpartnerschaft« (die eigentlich im Rußland in der Verfassung als obligatorisch vorgeschrieben ist). Da aber gab es ein Problem. Die FNPR will Sozialpartner der Regierung und der UnternehmerInnen werden; die Herrschenden brauchen sie in dieser Rolle nicht. Die marktwirtschaftlichen Reformen konnten nur auf Kosten der ArbeiterInnen erfolgen, also weg mit dem Sozialstaat »sowjetischer Art« und mit den Möglichkeiten der Zugeständnisse und Kompromisse. Keine »trilateralen Kommissionen« konnten darin was ändern. Und das verurteilte die FNPR-Gewerkschaften zu einer Statistenrolle. An der Basis begann es zu brodeln. Also mußten die Gewerkschaften Streikaktionen organisieren, diese aber so veranstalten, daß sie nach Möglichkeit weniger aktiv, weniger radikal, möglichst symbolisch und – das war die Hauptsache – unter völliger Kontrolle der Bonzen verliefen. Bei kleinster Gefahr der Radikalisierung oder Selbsttätigkeit schloß man einen faulen Kompromiß und alles begann vom vorne.

Dasselbe passierte auch in diesem Jahr. Im Mai organisierte die Bergarbeitergewerkschaft der FNPR die größten Aktionen in der Geschichte des jelzinistischen Rußland. Fast 2 Wochen dauerte die symbolische Blockade der Eisenbahnlinien durch die Bergarbeiter und andere ArbeiterInnen. Die wirklichen Streikaktionen begannen aber erst in den letzten Tagen, und als eine Radikalisierung drohte, beeilten sich die Gewerkschaftsbosse, eine Vereinbarung mit den Behörden zu schließen (die »Widerspenstigen« wurden einfach im Stich gelassen). Man begnügte sich mit der Auszahlung der laufenden Löhne und mit neuen Versprechungen. Bis zum August sollten alle Schulden getilgt sein. Dann kam der Finanzkrach im August. Alle Versprechungen wurden selbstverständlich vergessen. Es wird weiter gekürzt. Am 7. Oktober organisierte dann die FNPR zusammen mit der »Kommunistischen Partei KPRF« von G. Sjuganow, die jetzt gern eine Art National-Sozial-

Demokratie spielt, und mit einigen kleineren politischen Gruppen eine »Gesamtrussische Protestaktion«. Solche »Körperbewegungen« sind im heutigen Rußland ganz gut bekannt und können eigentlich niemandem außer den immer wieder auf Sensationen wartenden Journalisten erschrecken. Nominell protestierten über 25 Millionen Leute, es gab Demonstrationen und Pickets in 74 regionalen Zentren und in tausenden von Orten, 73 von ihnen forderten nach den Rücktritt Jelzins. Was für eine großartige Kraft! - konnte man sagen. Die Herrschenden aber blieben ganz ruhig. Sie kennen das reale Potential solcher Komödien ganz genau: Es ist gleich null. Demos und Kundgebungen sind bekanntlich eine der besten Formen der Kanalisierung von Proteststimmungen; was die Streiks anbetrifft, so waren die rituellen Arbeitsniederlegungen für wenige Stunden kaum spürbar. Jetzt droht die FNPR mit einem »unbefristeten Generalstreik« im nächsten Jahr. Man kann sich schon vorstellen, wie der aussehen könnte!

Die FNPR deckt nicht das ganze Spektrum der Gewerkschaftsbewegung im modernen Rußland ab. Es gibt eine Reihe kleinerer Gewerkschaften und Föderationen (»Konföderation der Arbeit«, »Sozprof« u.a.), die in der Perestrojka- und Nachperestrojka-Zeit entstanden, um noch mehr Marktwirtschaft zu fordern. Sie sind nicht weniger bürokratisch strukturiert als die »alten« Gewerkschaften. Die lautstärkste von ihnen ist zweifellos die »Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft« (NPG). Nach einer gewissen Zeit der Lethargie (die Mehrzahl der Bergarbeiterstreiks wurde von einer FNPR-Gewerkschaft organisiert) wachte sie plötzlich auf und forderte den Rücktritt Jelzins, den sie vor einiger Jahre noch heftig unterstützt hatte. Im Juni begannen die NPG-BergarbeiterInnen mit einem Protestlager vor dem »Weißen Haus«, dem Regierungsgebäude im Zentrum Moskaus. Die Bilder aus diesem Lager konnte man in mehreren internationalen Medien sehen. Was aber viel weniger bekannt ist, das sind die Arbeitsweise und die Atmosphäre, die in diesem Lager herrschten. Vor allem ist zu erwähnen, daß die gesamte Aktion unter strengster Kontrolle der NPG-Bonzen stattfand. Im Zentrum des Lagers stand ein Schild mit der Mahnung, daß alle mit der Leitung nicht vorher koordinierten Parolen und Materialien verboten sind. Das galt wirklich für die VertreterInnen mehrerer ArbeiterInneninitiativen und Delegationen von verschiedensten Fabriken, die ins Lager kamen, um sich an den Protesten zu beteiligen. Das galt auch für die AnarchistInnen. Nicht aber für die Stalinisten und »roten« Faschisten, die die Aktion ganz rasch entdeckten und bald überfluteten. Im Lager begannen Gespräche über die »Zionistenverschwörung« und die »bösen Juden«, die Rußland regieren und zerstören. Diese Dinge wurden von den NPG-Bonzen nicht unterdrückt, sondern toleriert; man organisierte gemeinsame Aktionen mit diesen politischen Kräften. Jegliche

unabhängige Initiativen im Lager (wie z.B. die Einberufung einer souveränen Generalversammlung) wurden erstickt. So ist es nicht verwunderlich, daß immer mehr ArbeiterInnen diese »Protestaktion« verließen. Anfang Oktober spalteten sich dann die, die geblieben waren (die NPG, behinderte Bergarbeiter und die Gruppe vom ZIM-Werk aus Samara). Die NPG-Bonzen erklärten die Aktion für beendet (obwohl sie gar nichts erreicht hatten!) und verließen stolz das Lager, der Rest wurde nach einigen Tagen ohne viel Lärm von der Polizei aufgelöst ...

Im Endergebnis: nichts. Die Reformen gehen weiter, die Preise steigen, die Lohnschulden sind nicht ausgezahlt, Fabriken und Bergwerke werden geschlossen, die Arbeitslosigkeit wächst. Die Krise tobt. Die Rezepte der Herrschenden reichen von der Stärkung der nationalstaatlichen Regulierung bei der Sicherung der Kapitalprofite (à la Peron, wie z.B. bei einem der aussichtsreichsten Bewerber auf die künftige Präsidentschaft, Lushkow, der Bürgermeister von Moskau und Chef der Moskauer Finanzgruppe ist, einen »Sozialdemokraten« spielt und die vollkommene Unterstützung der FNPR-Führung genießt) bis hin zur Schließung aller unprofitablen Fabriken bei gleichzeitigem Law-and-order (à la Pinochet, Lieblingsmann eines weiteren Bewerbers: General Lebed). Alle sind nationalistisch. Und alle wollen, daß das Privateigentum und die Marktwirtschaft überleben. Und das ist wiederum nicht anders möglich als auf Kosten der LohnarbeiterInnen. Die werden von niemandem verteidigt, am wenigsten von den aktuellen Gewerkschaften.
Das führt uns zurück zum Anfang. Die bürokratische »ArbeiterInnenbewegung« ist völlig impotent. Wo ist aber eine neue Basisbewegung zu suchen?

Vor dem Beginn einer neuen ArbeiterInnenbewegung in Rußland?

Die letzte Welle der ArbeiterInnenkämpfe in Rußland bestätigte eigentlich eine alte Wahrheit: Mit symbolischen, von den bürokratischen Gebilden kontrollierten Aktionen kann man nicht sehr viel erreichen. Bestenfalls neue Versprechungen - in der Situation einer tiefen allgemeinen Krise, von Fabrikschließungen, Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut, monatelanger Lohnschulden usw., im heutigen Alltag also, ist das wenig wert.

Es scheint aber, als ob es wirklich einige neue Erscheinungen gibt, die möglicherweise auf eine Hoffnung deuten. Es geht um einige Basisinitiativen von ArbeiterInnen, die unabhängig von offiziellen Gewerkschaften und Parteien wirken.

Eine der weitestgehenden Erfahrungen stammt von dem ArbeiterInnenkomitee der Industrievereinigung »Rostselmasch« (Rostower Landwirt-

schaftsmaschinenbau) in südlicher Stadt Rostow an Don. Vor einigen Jahren arbeiteten in dieser Vereinigung noch 50.000 ArbeiterInnen, im Sommer dieses Jahres waren davon nur noch 23.000 übrig; die Kürzungen und die Aussperrungen gehen immer noch weiter.

Die Lage, in der das ArbeiterInnenkomitee kämpft, ist äußerst schwer. Die Betriebsadministration verkauft still die Betriebsausrüstung »unter der Hand«, dem Werk fehlen somit Werkzeugmaschinen, Presse usw., den Leuten fehlt die Arbeit, und die Administration macht ihre Profite. Die Einzelheiten dieser Affäre sind den ArbeiterInnen kaum bekannt. Vor kurzem entstand in einer Werksabteilung von »Rostselmasch« ganz spontan ein Protest; die ArbeiterInnen verhinderten die Abtransportierung der Ausrüstung und stoppten diese. Die Leute stellten Fragen: wohin, warum und zu welchem Zweck macht man das und das? So entwickelte sich zum ersten Mal in »Rostselmasch« ein Realbeispiel der spontanen Arbeiterkontrolle. Die AktivistInnen des Komitees schätzen das als erste wirkliche Äußerungen eines ArbeiterInnenwiderstandes gegen die Schließung des Werkes.

Das ArbeiterInnenkomitee in »Rostselmasch« existiert seit einige Jahre. Seine eigene Erfahrung führte es allmählich zu rätekommunistischen Positionen, indem seine AktivistInnen für eine selbstorganisierte, parteienunabhängige, und klassenorientierte ArbeiterInnenbewegung plädieren. 1996 organisierten die Mitglieder eine unabhängige Gewerkschaft »Arbeiterwiderstand«. Sie kämpfen gegen die Pläne und Versuche der Betriebsschließung und gegen willkürliche Aktivitäten der Betriebsleitung. Das ist kein Stellvertreterkampf. Die AktivistInnen des ArbeiterInnenkomitees verstehen und erklären ganz klar, daß nur die ArbeiterInnen selbst die Schließung der Fabrik stoppen können. Selbstorganisation heißt für sie vor allem die Einberufung der souveränen ArbeiterInnenversammlungen, die Versuche der ArbeiterInnenkontrolle über die Verwendung der Ausrüstung und der Finanzen sowie die Versuche, die Kenntnisse der ArbeiterInnen zu erhöhen, damit sie irgendwann dazu fähig sein werden, die Leitung der Produktion in ihre eigenen Hände zu nehmen. Eben diese ArbeiterInnenversammlungen sollen die Frage der ArbeiterInnenkontrolle bestimmen. Am 1. Juni dieses Jahres fand die erste solche Versammlung statt; an ihr nahmen trotz der Hemmnisse seitens der Betriebsleitung etwa 300 Leute teil; an einer weiteren am 1. Juli nahmen 200 teil. Die TeilnehmerInnen forderten die Auszahlung der Lohnschulden sowie die ArbeiterInnenkontrolle. Es gab auch reale Versuche, sich Zugang zur Finanzdokumentation zu verschaffen. Die Betriebsleitung startete eine Gegenoffensive. Einer Aktivistin des ArbeiterInnenkomitees droht jetzt eine Klage wegen einer »unerlaubten Demonstration«! Die Administration versucht weiter, nichtloyale ArbeiterInnen nicht ins Werk hineinzulassen oder

die Produktion »vorübergehend« stillzulegen. Der Widerstand dagegen braucht aber viel mehr Kraft, Organisiertheit und Koordination, als derzeit vorhanden sind.

Die Unmutstimmung der ArbeiterInnen wird inzwischen von »Oppositionellen« aus der neostalinistischen »Kommunistischen« Partei (KPRF). Sie bringen der ArbeiterInnenbewegung großen Schaden, indem sie mit aller Kraft die Betriebsleitung rechtfertigen und die ganze Schuld auf die Behörden in Moskau schieben. Die KPRF versucht mit Unterstützung der Betriebsleitung, parallele ArbeiterInnenversammlungen zu organisieren und loyale Organe aufzubauen. Das erschwert ziemlich die weitere Selbstorganisation und Radikalisierung.

Die ArbeiteraktivistInnen aus Rostow versuchen inzwischen die Kontakte mit anderen unabhängigen ArbeiterInneninitiativen zu organisieren. Sie haben bereits Beziehungen mit einigen Bergarbeitern an der Basis in ihrer Region. Dann nahmen sie an einem Protestlager der Bergarbeiter vor dem Regierungsgebäude in Moskau im Sommer dieses Jahres teil. Dort versuchten sie mehr Basisdemokratie: der Gedanke der Generalversammlungen der »LagerbewohnerInnen« wurde aber durch die bürokratische Führung der Bergarbeitergewerkschaft NPG, die die Ereignisse sehr fest unter ihrer Kontrolle hatte, heftig unterdrückt; die »unloyalen« ArbeiterInnen sollten dann das Lager verlassen. Auf der Suche nach unabhängigen und klassenorientierten ArbeiterInnengruppen besuchten die Leute aus Rostow einige Betriebe und Arbeiterkonferenzen im Zentralrußland.

Man soll ganz ehrlich unterstreichen, daß die Elemente einer neuen ArbeiterInnenbewegung noch ganz am Anfang sind. Die Initiativen wie die in »Rostselmasch« sind aber so vielversprechend wie wahrscheinlich keine zuvor in Rußland.

Vadim Damier (KRAS-IAA)

P.S. Die Arbeiter aus Rostov suchen Kontakte mit autonomen und selbstorganisierten Gruppen der Arbeiterbewegung.Die Adresse könnt ihr über die Berliner Wildcat-Adresse erfragen.

Eine Schublade für die Zapatistas

Ein Kommentar zu Deneuve/Reeve

John Holloway

Ich muß zugeben, daß ich »Hinter den Sturmhauben des mexikanischen Südostens« von Deneuve und Reeve nach dem ersten Überfliegen recht schnell als zu blöd, um es ernstzunehmen, zur Seite gelegt habe. Die gemeinschaftliche Entscheidungsfindung in Chiapas damit zu kritisieren, daß die Maya- und Inkagesellschaften autoritär waren, ist einfach zu lächerlich. Das ist so ähnlich, als würde man die IRA damit kritisieren, daß Dschingis Khan undemokratisch war (die Entfernung in Raum und Zeit ist in etwa vergleichbar).

Zwei Sachen gaben den Ausschlag, daß ich den Text nochmal sorgfältiger las: erstens, weil er auf der aut-op-sy Mailing-Liste sorgfältig diskutiert wurde, und zweitens, weil Wildcat, der ich große Anerkennung zolle, mich dazu drängten, ihn ernsthaft zu lesen: im Editorial von Wildcat-Zirkular Nr.45 (Juni 98) unterstreichen sie ganz dick, daß George Caffentzis (von dem in derselben Ausgabe auch ein Artikel veröffentlicht ist) und ich Reeve zuhören und von ihm etwas über emanzipatorische Prozesse lernen sollen.

Mit dieser Ermahnung im Hinterkopf machte ich mich nochmal an den Deneuve-Reeve-Artikel und gleichzeitig an die Diskussion auf der aut-op-sy-Liste, darunter auch eine Antwort von Reeve (20.04.98) auf in der Diskussion geäußerte Kritiken (auf deutsch veröffentlicht in Wildcat-Zirkular Nr.45). Als ich die Diskussionsbeiträge gelesen hatte, verabschiedete ich mich von meinem anfänglichen Vorhaben, auf die Kritik von Deneuve-Reeve zu antworten, da schon ausgezeichnete Erwiderungen auf der aut-op-sy-Liste zu finden sind, insbesondere die Beiträge von Monty Neill vom 29.03.98, von Christopher Day vom selben Datum und von Monty Neill vom 7.05.98.

Trotzdem finde ich den Deneuve-Reeve-Artikel weiterhin nicht nur inhaltlich schwach sondern zutiefst beunruhigend. Nachfolgend möchte ich erklären, weshalb.

Die wahrscheinlich wichtigste Anklage, die Deneuve/Reeve gegen die Zapatistas erheben, ist ihre Aussage am Anfang des Artikels, daß die zapatistische Bewegung »die identitätsstiftenden und patriotischen Werte transportiert, die heute der Kern der barbarischsten Abwege in der Welt sind«. Ich stimme zwar zu, daß Identitäten (und zwar nicht nur ethnische) den Kern der barbarischsten Tendenzen der Welt darstellen, beunruhigt mich am Artikel,

daß es nicht die zapatistische Bewegung ist, sondern die Argumentation von Deneuve/Reeve, die identitätsstiftend wirkt.

Identität ist der Kern bürgerlichen Denkens. Bürgerliches Denken zeichnet sich durch die Annahme aus, daß die kapitalistischen Verhältnisse von Dauer sind, daß sie »sind«. Losgelöst von der historischen Bewegung erscheinen zusammenhängende Prozesse als lauter getrennte Dinge, die »sind«, jedes Ding mit seiner eigenen »Seinshaftigkeit«, Identität. Diese Identität ist natürlich nicht nur eine Frage der bloßen Erscheinung: Die materielle Durchsetzung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch den Warentausch und die darin enthaltene Spaltung des Verhältnisses von Objekt und Subjekt bedeutet, daß der Fluß der gesellschaftlichen Verhältnisse (die »reine Unruhe des Lebens«) tatsächlich in Form von Dingen, von Identitäten existiert. Das bürgerliche Denken, das wissenschaftliche wie das unwissenschaftliche, geht vor, indem es identifiziert, klassifiziert, definiert, etikettiert. Das Ding oder die Person wird vom Fluß der gesellschaftlichen Verhältnisse abstrahiert und identifiziert. Die Argumentation lautet dann folgendermaßen: »Es ist x, deshalb ...«

Identifizierung als Denk- (und Handlungs-) muster erhält ihren klarsten Ausdruck im Faschismus, Rassismus und Sexismus: »Er ist Jude, deshalb ...; sie ist eine frau, deshalb ...; sie sind langhaarig, deshalb ...; sie sind schwul ... usw.« Der Ausgangspunkt der Identifikation schließt jedes Verständnis von gesellschaftlicher Veränderung aus, da jede mögliche Bewegung in der Falle der Identifikation steckt, auf der die Argumentation beruht. Mit »naja, was willst du erwarten, sie sind Juden«, oder »Frauen sind nun mal so« läßt sich alles erklären: eine ewige Wiederkehr, in der es nichts Neues gibt. Über all solchen Argumentationen steht die düstere schreckliche Warnung Adornos: [»Auschwitz bestätigte das Philosophem der reinen Identität als Tod« (Negative Dialektik, p. 362)].

Identität ist das Markenzeichen der bürgerlichen Ideologie, aber sie durchdringt auch das pseudo-oppositionelle Denken. Die Antwort auf den Nazi-Faschismus lautet oft: »Sie sind Deutsche, deshalb ...«; oder auf die US-Vorherrschaft: »Sie sind Amerikaner, deshalb ...«. Oder das Argument wird einfach umgedreht: »Wir sind schwarz, deshalb ...; wir sind Frauen, wir sind Basken, wir sind Iren, wir sind schwul ...« In all diesen Fällen wird, solange die Behauptung von Identität nicht bewußt mit ihrer eigenen Negation einhergeht (»wir sind schwarz, aber außerdem usw.«), genau das Muster und die Gefahr des faschistischen Denkens reproduziert. Aus diesem Grund ist Deneuve/Reeves Satz, daß die Identität den »Kern der barbarischsten Abwege in der Welt« darstellt, ja auch so richtig.

Damit kehre ich zurück zur Kritik/Argumentation von Deneuve-Reeve. Im allgemeinen ist die zapatistische Bewegung, seit es sie gibt, betont und bewußt anti-identitär. Sie weigert sich konsequent, als ethnische Bewegung aufzutreten, auch wenn einige ihrer SympathisantInnen sie gern als solche darzustellen. So sind auch die meisten ihrer Aussagen, daß sie eine nationale Bewegung seien, gemeint: »Wir sind keine indigene Bewegung, sondern eine nationale Bewegung« usw. Gegen alle Versuche seitens des Staats und der etablierten Linken, sie in eine Schublade zu stecken, weigern sie sich, in irgendwelche Kategorien zu passen. In einem ihrer Kommuniqués sagt die Macht zu ihnen: »Ich bin die, die ich bin, die ewige Wiederholung ... Sei nicht seltsam, weigere dich nicht, klassifiziert zu werden. Alles, was nicht klassifiziert werden kann, zählt nicht, existiert nicht, ist nicht.« (La Jornada, 10.06.96). Sie reagieren natürlich mit Spott, Gelächter, Witzen und Tanzen. Und ihren UnterstützerInnen aus aller Welt sagen sie mit dem anti-identitären Statement von Ana Maria zum ersten Intergalaktischen Treffen: »Detras de nosotros estamos ustedes« (»Hinter uns stehen die wir, die ihr seid«). (In meinem Artikel »Dignity's Revolt« führe ich die Behauptung, daß die zapatistische Bewegung wesentlich anti-identitär ist, viel genauer aus.)

Deneuve und Reeve hingegen bestehen auf Identifizierung, auf Schubladen. Ihr Argument lautet: »Sie sind Maoisten, deshalb ...« Wie alle identitären Argumente ist dieses in einer ständig wiederkehrenden Gegenwart gefangen: »In den 70er Jahren waren sie Maoisten, als sie Anfang der 80er Jahre in den Dschungel gingen, waren sie Maoisten, deshalb sind sie auch jetzt Maoisten, deshalb ...« Und dann reproduzieren sie haargenau das Muster antisemitischer Argumentationsweisen: »Sie behaupten, daß ihre Entscheidungen in demokratischen Versammlungen getroffen werden, aber es ist klar, daß sie sowas behaupten, das tun Maoisten immer.«

In diesem Zusammenhang sieht es nicht nur lächerlich, sondern geradezu nach einer finsteren Logik aus, wenn sie die Behauptung, daß es in Chiapas es Gemeindedemokratie gebe, mit Verweis auf die (600 Jahre und tausende von Kilometern entfernten) Praktiken der Inkas kritisieren: »Die Indianer behaupten, sie hätten eine demokratische Tradition, aber seht euch die Mayas, die Azteken, die Inkas an, da zeigt sich doch, welche Tradition sie haben: einmal ein Indianer, immer ein Indianer.«

Und zu den lateinamerikanischen RevolutionärInnen: »nichts Neues, haben wir alles schon gehabt - Kuba, Nicaragua, El Salvador«. Und zu den EnthusiastInnen, die sie unterstützen: »Warum lernen sie nicht endlich, daß wir in einer ewigen Gegenwart leben, daß nichts sich ändert?«

Deshalb, liebe Wildcat, finde ich den Deneuve/Reeve-Artikel nicht nur schlecht informiert, sondern zutiefst beunruhigend.